Donnerstag, 24. März 1932
Nr. 72. Jahrg. 1932

Preis 10 Pfg.

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Braunschweig und der Osterfrieden

Groener interpelliert Klagges — Die naive SPD

Braunschweig, 23. März 1932.

Aus Anlaß der Reichsführertagung der Hitlerjugend, an der etwa 300 nationalsozialistische Jugendführer teilnehmen, findet am Abend des Ostersonntags in der Braunschweiger Stadthalle eine Kundgebung der Hitlerjugend verbunden mit der Weihe von 22 Gaufahnen statt. Hitler wird bei der Führertagung und der Kundgebung sprechen. An der Kundgebung werden sich etwa 8000 Personen beteiligen.

*

Das Reichsinnenministerium hat mit Rücksicht auf die Verordnung über den Osterfrieden am Mittwoch vormittag eine telegraphische Anfrage an die braunschweigische Regierung gerichtet und um Aufklärung über die beabsichtigte Tagung gebeten. Wie von seiten des Reichsinnenministeriums erklärt wird, kann nach den Pressemeldungen über die beabsichtigte Tagung (u. a. sollen auch Eintrittskarten zu der Kundgebung zu verkaufen sein) bei der Kundgebung in Braunschweig von einer geschlossenen Versammlung nicht die Rede sein.

*

Die Sozialdemokratie ist überglücklich: sie sieht in Herrn Groener wieder den Schutzgott gegen den Faschismus! Der „Sozialdemokratische Pressedienst", der anscheinend über gute direkte Beziehungen zum Brüning-Kabinett verfügt, hat „von zuständiger Seite" erfahren, daß „die Reichsregierung entschlossen ist, den geplanten Vorstoß der Braunschweiger Regierung gegen die neue Burgfriedensverordnung des Reichspräsidenten unter allen Umständen zu verhindern".

In diesem Zusammenhang wird den Abonnenten des Tolerierungsorgans noch mitgeteilt, daß der Innenwehrminister das von Nazi-Klagges ausgesprochene Verbot des sozialdemokratischen Braunschweiger „Volksfreund" wieder aufgehoben hat. Das genügt der Weis-Partei!

Ueber die Severingsche „Aktion", insbesondere darüber, daß keinerlei Schritte gegen die Putschvorbereitungen der Nazis unternommen worden sind, herrscht im Blätterwald der Sozialdemokratie tiefes Schweigen.

Man findet sich damit ab, daß Groener seinem Kollegen Severing eine kräftige politische Ohrfeige verabreicht hat; man findet sich damit ab, daß den Hitlerleuten kein Haar gekrümmt wird.

Das ist die Praxis des sozialdemokratischen „Kampfes" gegen Hitler!

Das Proletariat muß schweigen

„Rote Fahne" erneut verboten

Berlin, 23. März 1932.

Außer dem „Angriff", der wegen eines in Nr. 57 vom 18. März veröffentlichten Aufrufs Hitlers mit der Ueberschrift „Schlagt Severing und seine Partei!" und wegen eines in der gleichen Nummer erschienenen Artikels „Wie Enthüllungen zustande kommen" verboten wurde, hat der Polizeipräsident gleichzeitig ein Verbot der kommunistischen „Roten Fahne" auf die Dauer von fünf Tagen ausgesprochen. Das Verbot der „Roten Fahne" erfolgte wegen eines in der letzten Nummer erschienenen Kommentars zu der preußischen Polizeiaktion gegen die Nationalsozialisten, in dem „schwere Beleidigungen" gegen den preußischen Innenminister Severing ausgesprochen sein sollen.

Das neue Verbot der „Roten Fahne" illustriert wieder die „Freiheiten" in dieser Republik; es sollte für alle revolutionären Sozialisten ein Grund mehr sein, den von den KPD-Spitzen sabotierten roten Block zu schaffen!

*

München, 23. März 1932

Die kommunistische „Neue Zeitung" wurde wegen „Beschimpfung" des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers und leitender Beamter des Preußischen Staates auf die Dauer von einer Woche verboten.

Neue Massenentlassungen bei der AEG

In der am Dienstag abgehaltenen Generalversammlung der AEG machte der Generaldirektor nach dem B. T. u. a. folgende Mitteilungen:

Die in den ersten fünf Monaten des neuen Geschäftsjahres eingegangenen Aufträge haben nur rund 40 Prozent der Aufträge betragen, die im günstigsten Jahre 1928/29 eingegangen sind. Die Verwaltung hat sich durch diesen Rückgang der Geschäfte gezwungen gesehen, eine große Zahl von Arbeitern und Angestellten zu entlassen oder zu pensionieren. Die vorgenommenen Kündigungen wirken sich zurzeit erst langsam aus.

Am Ende des Geschäftsjahres wird sich jedoch auf Grund der getroffenen Maßnahmen die Gesamtbelegschaft um nahezu 30 Prozent gegenüber dem Beginn des Geschäftsjahres vermindert haben.

So bedauerlich diese Entlassungen sind, so stellen sie doch das einzige Mittel dar, um das Unternehmen durch die Krisis hindurchzuführen."

Die Entlassungen schreiten also auch in diesem Jahre noch rüstig fort, obwohl die AEG schon seit Jahren unaufhörlich Personal abbaut.

Generaldirektoren reden

Die diesjährige Osterwoche begann im Zeichen der großen Generalversammlungen. Der Dienstag gehörte der AEG, und am Mittwoch traten gleichzeitig die Aktionäre der Deutschen und Disconto-Bank sowie der Danatbank zusammen. Wie üblich benutzten die Generaldirektoren auch heuer diese Gelegenheit, um ihr Herz zu erleichtern. Das war diesmal stark beladen. Konnten die Generaldirektoren zu anderen Zeiten mit hohen Gewinnen und demgemäßen Dividenden aufwarten, so hatten sie jetzt die Aufgabe, vor den Versammelten ein weniger erfreuliches Bild zu entrollen. Die AEG beispielsweise ist nur durch Rückgriff auf die Reserven in der Lage, eine herabgesetzte Dividende zu verteilen. Die Deutsche und Disconto hat zwar als einzige der Großbanken ihre Selbständigkeit zu behaupten vermocht, aber um einen kräftigen Kapitalschnitt kam auch sie nicht herum, während für die Danatbank die Generalversammlung zugleich die feierliche Beisetzung dieses achtzigjährigen Instituts vorzunehmen hatte.

*

Bei der AEG produzierte sich als Redner der Generaldirektor Bücher. Der Niedergang des ihm anvertrauten Konzerns hat diesem Herrn zufolge sehr einfache Ursachen: nicht Fehler der Leitung und auch nicht die dämonischen Kräfte, die nun einmal im Kapitalismus schlummern und in dieser Krise einen wahren Hexentanz aufführen, haben die AEG geschüttelt, sondern einzig und allein — die hohen Steuern und sozialen Leistungen. Offenbar weil er selber nicht glaubte, daß eine solche Behauptung selbst in einem Forum der Aktionäre noch für bare Münze genommen werde, hatte er sich mit einem Berg von Ziffern ausgerüstet und ließ diese nun auffahren. Seit 1924/25 habe das Unternehmen also lautete ein Büchersche Rechnung, allein an Steuern 71,9 Mill. RM. und nicht weniger als 66,4 Mill. RM. an sozialen Leistungen aufwenden müssen. Wie ideal war es dagegen für die AEG in der Monarchie! Da machten — auf den Umsatz bezogen — die Steuern und sozialen Lasten noch nicht einmal ein Drittel des jetzigen Prozentsatzes aus, während die Dividende gleichzeitig mehr als doppelt so hoch lag. Ganz um einen Verlust wäre die AEG freilich nach den Bücherschen Berechnungen in dem abgeschlossenen Geschäftsjahr auch dann nicht herumgekommen, wenn für Steuern und soziale Abgaben noch die Friedenssätze

Keine Abnahme der Arbeitslosigkeit

Berlin, 22. März 1932.

Wie wir erfahren, wurden am 15. März rund 6 129 000 Arbeitslose gezählt. Danach hat sich der Stand der Arbeitslosigkeit gegenüber dem letzten Zähltermin vom 1. März um rund 1000 gehoben.

Der Bauer steht auf!

Hadersleben (Nordschlesw.), 23. März 32

Zu einer Kundgebung gegen die Zwangsversteigerung haben sich hier gestern 2500 Landwirte versammelt. Sie protestierten gegen die Zwangsversteigerung des Anwesens des Hofbesitzers Kiil. Die Menge zog an den Wohnungen des Richters und des Polizeimeisters vorbei. Es wurde eine Entschließung angenommen, die für die Zukunft jeden, der einen Hof bei einer Zwangsversteigerung erwirbt,

für vogelfrei erklärt.

Man müsse, so hieß es, jetzt Gewalt anwenden, da Verhandlungen keine Hilfe mehr böten. Zwei Abordnungen wurden ins Haus des Direktors des Nordschleswigschen Kreditvereins Calloe entsandt, um ihn vor die Versammlung zu zitieren. Calloe weigerte sich, zu erscheinen. Den Nachfolger Kiils holte man im Kraftwagen. Im Anschluß an die Versammlung demonstrierte man nochmals vor der Villa Calloes, welche polizeilich gesichert war. Ein Sturm auf das Haus konnte nur mit Mühe verhindert werden.

In Sonderburg wurden in die Wohnungen des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden der Dübel Genossenschaftskasse Uebungshandgranaten mit Drohbriefen gewor- Uebungshandgranaten geworfen.

Anhalt wählt am 24. April

Das Anhaltische Staatsministerium hat den Termin für die anhaltischen Landtagswahlen nunmehr endgültig auf den 24. April festgesetzt. Sie werden somit am gleichen Tage wie die Landtagswahlen in Preußen, Bayern und Württemberg stattfinden.

Memel-Landtag aufgelöst

Neuwahlen am 4. Mai.

Memel, 22. März 1932.

Bei der Besprechung der litauischen Regierungserklärung in der heutigen Sitzung des Landtags stellten zunächst die Mehrheitsparteien des Memelländischen Landtags nach längerer Begründung den Antrag,

dem jetzigen Direktorium das Mißtrauen auszusprechen.

Die litauische Fraktion sprach sich für die jetzige Regierung aus. Danach erklärten sich noch die Vertreter der Sozialdemokraten und der Arbeiterpartei ebenfalls gegen das Direktorium Simaitis. **In der Abstimmung wurde der Antrag der Mehrheitsparteien mit 22 Stimmen gegen die fünf litauischen Stimmen angenommen. Darauf verlas Präsident Simaitis eine Verordnung des Gouverneurs, wonach der Memelländische Landtag aufgelöst wird.**

*

Die Neuwahlen zum Memelländischen Landtag sind nach einer am Mittwoch erlassenen Verfügung des Gouverneurs auf den 4. Mai festgesetzt worden.

Wieder ein deutscher Protest

Gegen die Auflösung hat die deutsche Regierung Protest erhoben, weil die Maßnahme der Empfehlung des Völkerbundsrats widerspreche, wonach ein Direktorium auf parlamentarischer Basis zu bilden sei.

in Kraft wären, aber: „Unter der gleichen Belastung wie in der Vorkriegszeit würde sich der Verlust, den wir ausweisen, statt auf 20 nur auf 2 Millionen belaufen haben." Welches Aktionärherz müßte sich da nicht entsetzt von der Republik abwenden. Immerhin: Bücher sieht keine Veranlassung, „die Schuldfrage an diesem Zustand der gegenwärtigen Regierung zuzuschieben und Anklage zu erheben", und schließlich ist er auch nicht ganz ohne Trost, sondern findet in den mitgeteilten Zahlen sogar noch „eine große Hoffnung und ein Beweis für die Stärke der deutschen Produktionsunternehmungen, wenn man der Ansicht ist, daß sich die Bedingungen ändern lassen und die deutsche Wirtschaft in allen Teilen ihrer Leistungsfähigkeit wieder angepaßt werden kann."

Das klingt nun reichlich nach einem Orakel. Kann aber doch nur so gedeutet werden, daß auch Bücher die Hoffnung auf eine endgültige Liquidierung des „Systems vom 9. November" setzt, die durchzuführen ja Brüning nach Kräften bestrebt ist.

Um einen Grad mißlicher war die Mission Wassermanns, der den Aktionären der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft die Entwicklung ihres Unternehmens zu erklären hatte. Der Andrang zu dieser Veranstaltung war überaus stark, aber wer etwa erwartet hatte, daß Wassermann große Eröffnungen machen würde, mußte enttäuscht abziehen. Wassermann wehrte zunächst die gegen sein Institut erhobenen Vorwürfe ab, wonach er versäumt habe, der Danatbank in der entscheidenden Stunde beizuspringen und so zu verhindern, daß „das Geheimnis des 13. Juli" sich jemals der Menschheit offenbare. In diesem Bestreben gab Wassermann mehr zu, als man bisher wahrhaben wollte. Wenigstens erklärte er, daß die Liquiditätsfrage „doch nur eine Seite der Bankenkrise" sei, also diese selber keineswegs erschöpfe. Wassermann machte weiter das Eingeständnis — unseres Wissens von so hoher und kompetenter Stelle zum ersten Male — daß „die Banken ihre stillen Reserven in den Jahren 1929 und 1930 bereits im hohen Grade mobilisieren mußten", und daß „sie gezwungen waren, 1930 und 1931 große Posten eigener Aktien aufzunehmen".

Warum gezwungen? Hierauf gibt Wassermann folgende, ob ihrer Offenheit geradezu heroische Antwort: „. . . es galt als Axiom, daß die Aktien einer Bank, die in großem Maßstabe mit Einlagegeldern arbeitete, keine scharfen Kurseinbußen erleiden, keinesfalls den Paristand unterschreiten durften, ohne die Höhe der Einlagen zu gefährden. Mittlerweile hat man freilich gesehen, daß es auf den Kurs nicht ankam, weil im Ernstfalle der Staat einsprang: früher wußte man das nicht . . ." Nein, früher wußte man das allerdings nicht. Heute aber weiß man es und weil dem so ist, so bleibt als einzige Schlußfolgerung, daß das private Banksystem auch jede Existenzberechtigung verloren hat. Allerdings, Wassermann ist gerade in diesem Punkte anderer Meinung: „Eine Kreditbank in Regierungshand ist mit dem Wesen des Bankkredits in nichtsozialistischer Wirtschaft in so unlöslichem Widerspruch, daß, ebenso wie Banken jetzt verstaatlicht werden mußten, sie später ebenso zwangsläufig auch wieder in der einen oder anderen Form entstaatlicht werden müssen". „Wann und wie", so fügte Wassermann hinzu, „können wir freilich noch nicht sehen". Das ist ganz vorsichtig gesprochen, enthüllt aber doch das Programm des Kapitalismus in der Bankenpolitik.

*

Bei der Danatbank war der Redner des Tages derselbe, der ihr den Glanz verliehen hatte, der sie am Abend ihres Lebens umstrahlte, der vielgenannte Jakob Goldschmidt. Dereinst — noch vor wenigen Jahren — ein Stern am Himmel der Großfinanz, ein Mann, der unter seiner Hand größte Konzerne erstehen ließ und wie ein Gott über der deutschen Industrie thronte, hat sich Goldschmidt seit dem Erlebnis des 13. Juli unter die Philosophen begeben. Er klagte nicht an und suchte auch nicht zu rechtfertigen, sondern sah in allem was kam nur Schicksal: „Je mehr wir uns von diesem Tage (des 13. Juli) entfernen, um so klarer erkennen wir die schicksalhafte Verpflechtung dieses Unglückstages mit den ganzen Vorgängen unserer Zeit . . . Wir sind Zeugen einer gewaltigen materiellen und geistigen Bewegung, die vielleicht eine Welt vergehen und werden läßt, ein Prozeß, dessen Größe die menschlichen Irrtümer mehr und mehr zurücktreten läßt . . ." Drittes Reich oder Sowjet? Goldschmidt hat vorsichtigerweise diese Frage offen gelassen, aber wohin seine persönlichen Neigungen tendieren, ist schließlich auch gleichgültig. Wir haben nur zu registrieren: einer, der wie kaum ein zweiter Einblick in die heutige Beschaffenheit des Kapitalismus hat — freilich auch bewies, die ihm innewohnenden Gesetze nicht zu kennen —, quittiert dem Kapitalismus am Abend seiner eigenen Laufbahn, daß auch dessen Lebensabend herangekommen ist. Daß der Morgen dem Sozialismus gehöre, dafür hat die Arbeiterklasse die Verantwortung.

SPD am Pranger

Ausländische Sozialisten über die Hindenburgwahl

Als die SPD ihre Hindenburgparole ausgab, hat sie sich darauf berufen, daß die Sozialisten anderer Länder ihre Haltung billigten. Insbesondere berief sie sich auf italienische Genossen, so auf Pietro Nenni, der die Greuel des Faschismus aus eigener Anschauung kenne. Die nachstehende uns von der Genossin Balabanoff übersandte Erklärung des Parteivorstandes der Italienischen Sozialistischen Partei wird die Dinge ins richtige Licht rücken.

Zu der Zeit, als die italienische Arbeiterbewegung sich entwickelte und die schwere Probe, vor die der Krieg die sozialistischen Parteien gestellt hatte, so mustergültig bestand, stand Nenni ihr absolut fremd und feindselig gegenüber. Er begann seine politische Laufbahn in den Reihen der republikanischen Bewegung, die in Italien überhaupt, und ganz besonders in der Romagna, wo er tätig war, einen ausgesprochen antisozialistischen Charakter trug. Man nannte sich Republikaner nicht etwa, um die antimonarchistische Einstellung zu unterstreichen — dessen bedurfte man wahrlich nicht —, sondern um seine antisozialistische, d. h. den Internationalismus und die Abschaffung des Privateigentums verurteilende Einstellung zu bezeichnen.

Wie bekannt, erreichten die Gegensätze der zwei Parteien ihren Höhepunkt beim Ausbruch des Krieges, die internationale Einstellung der sozialistischen Partei und der von ihr beeinflußten breitesten Volksmassen wurden von keiner Richtung so bekämpft, wie gerade von derjenigen, die Nenni als Redakteur des „Giornale del Mattino" in Bologna vertrat, die den antiösterreichischen Irredentismus und die Bekämpfung alles dessen, was sich deutsch nannte — vor allem selbstredend den durch Hindenburg verkörperten preußischen Militarismus und den Eintritt Italiens in den Krieg sich zum Ziel gesetzt hatte. Aus dieser Bewegung, die sich zum Unterschied von der sozialistischen Antikriegsbewegung interventistisch nannte, weil sie das Intervento der italienischen Regierung gegen die Zentralmächte stürmisch verlangte, entwickelte sich mit der Zeit auch die faschistische Bewegung, die in ihren Anfängen das Nationale dem Internationalen der sozialistischen Proletarier gegenüberstellte. So stand in der erwähnten, von Nenni redigierten Zeitung, anläßlich eines Meetings in Bologna, das zum Zwecke hatte, den sozialistischen Gemeinderat zu stürzen. „Das Volk verlangt in einer feierlichen, patriotischen Kundgebung die Auflösung der antiitalienischen Gemeindeverwaltung", wobei darauf hingewiesen wurde, daß „das Recht, das Vaterland zu verletzen, das von der Sozialistischen Partei ausgeübt wird, aufgehoben und die unwürdige sozialistische Verwaltung abgesetzt werden muß".

„Wir brauchen nicht zu sagen", hieß es weiter, „daß wir das italienische Proletariat, das auf den Schlachtfeldern und im Lande seine Pflicht erfüllt hat, nicht mit der dreckigen Sache verwechseln, die der offizielle Sozialismus ist.... Zwischen uns und den offiziellen Sozialisten ist eine Distanz, die wir nicht überbrücken können, ohne uns selbst zu verraten... Die Leute, die duldeten, daß man in ihren Reihen ausrief: „Es lebe Oesterreich", die Leute, die auf ihre Fahne schrieben „Es lebe Lenin" (das bedeutete, es lebe das Desertierertum und der Verrat), die Leute, die, während die Italiener in den Schützengräben bluteten, das Volk lehrten, nicht etwa die für den Krieg Verantwortlichen in Deutschland und Oesterreich zu hassen, sondern das Vaterland, diese Leute ekeln uns an." Zur Erläuterung sei hinzugefügt, daß man die Mitglieder der ISP „offizielle Sozialisten" nannten, zum Unterschied von denjenigen, die, als Mussolini aus der Partei ausgeschlossen wurde, ihm folgten und die Partei mit den allergröbsten Mitteln, die allmählich im Faschismus ausmündeten, bekämpften.

Daß Nenni trotz dieser Vergangenheit sich später zum Sozialismus bekannte, konnte am allerwenigsten die wundern, die ihn kennen und wissen, daß er schon verschiedentlich seine Einstellung schroff gewechselt hat, weil es sich bei ihm um keine Weltanschauung handelte, sondern um Gefühl und Beeinflussung. Mehr als einmal hat er öffentlich erklärt, er hab nie Marx gelesen und sei vom Marxismus auch nicht angehaucht. Was aber einem jeden, der die sozialen Kämpfe ernst nimmt, klar sein muß, ist die Tatsache, daß einen Menschen, der die sozialistische Arbeiterbewegung so mißverstanden und bekämpft hat, wie es Nenni tat, das Verständnis für die psychologischen und sozialen Zusammenhänge abgehen muß, was übrigens allen auffällt, die Nennis Berichte über den Faschismus gelesen oder seine Vorträge gehört haben.

Daß er einige Zeit den „Avanti" mitredigiert hat, ist auf die durch den Bolschewismus hervorgerufene außergewöhnliche Situation zurückzuführen. Als der politische Leiter des „Avanti", Genosse Serrati, anläßlich der Friedenskonferenz nach Paris kam, um den Berichterstatterdienst für Italien zu organisieren, gestand ihm Nenni, er durchlebe eine Gewissenskrise, die ihn dem Sozialismus näherbrächte. Serrati, der junge Kräfte und reuige Sünder zu ermutigen pflegte, ernannte ihn zum Pariser Korrespondenten des „Avanti". Nach einiger Zeit trat Nenni in die Sozialistische Emigrantengruppe in Paris ein. Als die Führer der KI durch Intrigen und Manöver Serrati so weit brachten, zum zweiten Male nach Moskau zu gehen, wobei es sich nur um eine kurze Abwesenheit handeln konnte, beauftragte Serrati Nenni, ihn interimistisch auf der Redaktion zu vertreten, gerade, weil es sich nicht darum handeln konnte, den Posten für längere Zeit zu besetzen. Als Serrati aus Moskau zurückkam, wollte die KI den „Avanti" der KP übertragen. Dagegen sträubte sich selbstverständlich die Sozialistische Partei, und Nenni vertrat diesen ihren Standpunkt. Als es sich darum handelte, den definitiv aus der Redaktion ausgeschiedenen Serrati zu ersetzen, wurde ein dreigliedriges Redaktionskomitee ernannt, eben weil man Nenni die politische Leitung des Blattes nicht überlassen wollte. Nach einiger Zeit schied Nenni aus der Redaktion aus, weil er durch Annäherung an die Sozialdemokratie und Versuch einer Verschmelzung sich in Gegensatz zur Partei und Parteivorstandsmehrheit gestellt hatte. Aus demselben Grunde mußte er auch die SAP 1930 endgültig verlassen.

Noch einige Wochen vor seinem Uebertritt zur Sozialdemokratie erklärte er öffentlich, daß ihn von der SPD und der 2. Internationale ein Abgrund trennt, und daß es sich darum handelte, ihre

senilen Führer durch Junge zu ersetzen

und die Partei zu verjüngen.

Daß es Nenni bei dem häufigen Wechsel seiner Einstellung möglich wurde, vom Bekämpfer des Preußentums zum Befürworter der Kandidatur Hindenburgs zu werden, ist leicht verständlich, weniger verständlich ist es für den Außenstehenden, daß die italienische und deutsche Sozialdemokratie gerade ihn zu ihrem Sprachrohr gewählt haben.

Unter den sich im Auslande befindenden Sozialdemokraten gibt es einige, deren Name in der Internationale bekannt ist, die eine verdienstvolle Vergangenheit hinter sich haben, die als damalige Mitglieder der ISP auch gegen den Krieg gekämpft haben und auch dadurch von Nenni unterscheiden, daß sie die deutsche Sprache soweit beherrschen, daß sie in die Verhältnisse Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung eingeweiht sind, dem jeweiligen Uebersetzer ihrer Reden folgen und auch eventuelle Einwände oder Fragen von deutscher Seite verstehen könnten.

Tatsache ist, daß es keinem italienischen Sozialdemokraten — sie mögen noch so „demokratische" Illusionen hegen und noch so reformistisch eingestellt sein, einfallen würde, sich mit der Verantwortung zu beladen, die Tolerierungspolitik und die Wahl eines Hindenburg zu empfehlen.

Sie wissen genau, daß sie die italienischen Proletarier — die Sozialdmokraten nicht ausgenommen — dafür steinigen würden und daß sie sich in Italien und unter den Emigranten unmöglich machen würden.

Darum wird Nenni vorgeschoben.

Die SAP zu ihrem schweren Kampfe beglückwünschend, grüßen wir euch mit einem Hoch auf den revolutionären Sozialismus und die proletarische Einheit im Namen der italienischen Sozialisten und klassenbewußten Proletarier, die jede Abweichung vom revolutionären Klassenkampfe als eine Stütze des Faschismus betrachten und, gerade weil sie den Faschismus am eigenen Leibe erfahren haben, aufs entschiedenste verurteilen.

Der PV. der italienischen Sozialistischen Partei

Siro Burgassi. Dino Mariani. Carlo Marchisio. Oreste Mombello. Giorgio Salvi.

I. A.: Angelica Balabanoff, Sekretär.

Selbstbetrug

Die „Prawda" lügt der KPD einen Sieg in die Tasche

In dem Artikel der Moskauer „Prawda" vom 17. März 1932, „Die Präsidentenwahlen in Deutschland", heißt es:

„. . . Die revolutionäre Front ist gewachsen und hat sich gefestigt. Es wäre falsch, die Zahlen der Präsidentenwahlen mit denen von 1930 zu vergleichen, weil sich Sinn und politische Bedeutung dieser Wahl und der Reichstagswahlen wesentlich von einander unterscheiden. Bei den Reichstagswahlen handelte es sich um gewöhnliche Parlamentswahlen, um die Wahl zwischen den Programmen der verschiedenen politischen Parteien, die um die Macht kämpfen. Von dem Wähler wurde bei jenen Wahlen nichts verlangt, als die Sympathie für das Programm der Kommunistischen Partei. Bei der Präsidentenwahl handelte es sich darum, durch die Wahl anzuerkennen, daß die Sozialdemokratie die Hauptstütze der Bourgeoisie und der Haupthelfershelfer des Faschismus ist, daß Faschismus und Sozialfaschismus Zwillinge sind . . . .

„Diese Wahlen können politisch nur verglichen werden mit dem Ergebnis des Volksentscheids am 9. August 1931, als es sich ebenfalls um einen Kampf gegen die Sozialdemokratie als Hauptstütze der bürgerlichen Diktatur handelte. Von diesem Standpunkt aus hat die KPD einen sehr großen Erfolg zu verzeichnen (damals schrieb die „Prawda", die KPD hätte 9 Millionen Stimmen erhalten, indem sie einfach alle Stimmen des faschistischen Volksentscheids als „kommunistische" Stimmen zählte! Die R. d. SAZ), denn sie hat Millionen Arbeiter um sich gruppiert, die sich bewußt sind, daß die Sozialdemokratie die stärkste soziale Stütze der bürgerlichen Ordnung ist, ohne deren Zerstörung der Erfolg der proletarischen Revolution nicht möglich ist . . . ."

„Die politische und die taktische Linie der KPD ist die einzige, die den Interessen der Arbeiterklasse entspricht. Die Kommunisten werden diese Linie weiter verfolgen und noch entschlossener die Sozialdemokratie als soziale Stütze der Bourgeoisie und Träger der faschistischen Diktatur entlarven; sie werden vor den Massen die ganze Gefahr der liberalen Theorien aufdecken, die die Sozialdemokratie den Nationalsozialisten entgegenzustellen sucht . . . .

„Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition wird den breiten Massen zeigen, daß die KP nicht nur alle Interessen der Arbeiter vertritt, sondern daß sie schon heute diejenige Kraft ist, die imstande ist, die Offensive der Bourgeoisie gegen die Lebensinteressen der Arbeiterklasse abzuwehren . . .

„Die Kommunisten halten es nicht für notwendig, von ihrem Erfolg laut zu schreien. Sie haben keinen Grund, die Bedeutung der 5 Millionen Stimmen zu unterschätzen."

*

Also weiter hinein in den Sumpf der RGO- und Sozialfaschismus-Politik. Zur Not lügt man sich dann einen „Sieg" in die Tasche, indem man eine Pleite mit einer anderen vergleicht . . . .

Polnischer Polizeikommissar erschossen

Zahlreiche Ukrainer verhaftet

Warschau, 22. März 1932.

In Lemberg wurde heute morgen auf offener Straße ein polnischer Polizeikommissar von zwei Unbekannten niedergeschossen. Der Kommissar brach mit zertrümmertem Schädel auf der Stelle tot zusammen. Von den Mördern, die sogleich entflohen, fehlt jede Spur.

Die polnische Presse schreibt diese Tat der ukrainischen Militärorganisation zu. Tatsächlich haben die polnischen Behörden heute vormittag unter den Ukrainern zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. U. a. sind auch der Sekretär der Ukrainischen Nationaldemokratischen Partei, Undo, und der ehemalige Sejmabgeordnete und ehemalige Gefangene von Brest-Litowsk, Dr. Makaruschka, verhaftet worden.

Rechberg organisiert

Deutsch-französisch-polnisches Kaliabkommen

Berlin, 19. März 1932.

Die Verhandlungen zwischen dem Deutschen Kalisyndikat und Vertretern der französischen und polnischen Kaliindustrie sind jetzt zum Abschluß gebracht worden. Es wurde ein Vertrag abgeschlossen, in dem alle einschlägigen Fragen in der Weise geregelt wurden, daß die polnische Kaliindustrie unter Wahrung ihrer inländischen Interessen zweckentsprechend der deutsch-französischen Organisation angegliedert wurde.

Beilage zur SAZ

Nr. 72. Jahrg. 1932
Donnerstag, 24. März 1932

Antimilitarismus und Sozialdemokratie

Die Urgründe der Panzerkreuzer-Politik / Von Otto Jacobsen

1. Fortsetzung

In derselben Richtung bewegt sich Auer, der allerdings die Bewilligung von Militärkrediten von der politischen „Gleichberechtigung" der Arbeiterklasse abhängig macht. Er führt auf einer Wahlversammlung in Hannover im Jahre 1888 aus:

„Es kann Regierungen geben, denen wir überhaupt nichts bewilligen können, solange wir nicht als gleichberechtigter Faktor im parlamentarischen Bund öffentlichen Lebens anerkannt werden. Wird die Arbeiterbewegung aber als gleichberechtigt anerkannt, so wachsen damit die Aufgaben und die Verantwortung, und es ist sehr wohl möglich, daß wir von dem Tage an, wo man die Arbeiterklasse als gleichberechtigt ansieht, auch mit uns reden wird über Flottenfragen."

Man kann nicht umhin, in dieser Stellungnahme Auers

die Vorwegnahme der Panzerkreuzerpolitik der SPD in den letzten Jahren zu erblicken.

Zum anderen ist die Kompromißneigung Auers insofern unmarxistisch, als er als die Voraussetzung einer solchen möglichen Haltung die parlamentarische Gleichberechtigung der Arbeiterklasse bezeichnet. Der marxistische Sozialist würde über die Erkenntnis verfügen müssen, die der Arbeiterklasse vergegenwärtigt, daß die formal-parlamentarische Gleichberechtigung noch keine echte im Sinne der sozialen Gesetzgebung sein kann, da nach sozialistischer Erkenntnis Freiheit und Gleichheit abhängig sind von der Klassensituation, von den Machtverhältnissen zwischen den Klassen. Einen Schritt weiter ging Wolfgang Heine, einer der klügsten und einflußreichsten Führer des Revisionismus. Er wollte als Grundsatz angesehen wissen, daß man die Zugeständnisse militärpolitischer Art an die Regierung abhängig machen sollte von Zugeständnissen dieser Regierung an die Arbeiterklasse. Man kann die Auffassung Heines als „Kompensationspolitik" bezeichnen. Heine geht in seiner Auffassung davon aus, daß man

grundsätzlich die Verteidigung der Nation als notwendig anerkennen müsse,

— daß es militärische Aufwendungen gibt, denen die sozialistischen Ideen und Grundsätze indifferent gegenüberstehen. Die Bewilligung von Militärforderungen müssen nach Heine als wirksames Mittel im Kampf um die politische Macht angewandt werden:

„Unnötige Militärforderungen muß man überhaupt und immer ablehnen, nicht deshalb, weil es Militärforderungen sind, sondern weil sie eine Verschleuderung von Staatsmitteln bedeuten würden . . . Daneben gibt es aber militärische Aufwendungen, die an sich zur Verteidigung der Nation notwendig sind und unseren Idealen und Grundsätzen indifferent gegenüberstehen. Dazu würden z. B. die neuen Geschütze gehören. Genosse Bebel hat treffend die Analogie hervorgehoben, die zwischen einer Verbesserung der Kost der Soldaten und einer Verbesserung ihrer Schutz- und Angriffswaffen besteht. Solche Militärforderungen könnte nach meiner Meinung auch der Sozialdemokrat bewilligen,

wenn er genügende Gegenleistungen erhielte,

wenn wertvolle Volksfreiheiten dafür gewährt werden."

Einschränkend und ausweichend, den Widerstand der Parteitagsmehrheit gegen solche Ausführungen erfassend, meint Heine, daß ein solcher Handel ja vorläufig nicht in Frage komme, da die Regierung „keinen entsprechenden Preis in Volksrechten zahlen wird". Erreicht worden ist aber, vom Heineschen Standpunkt aus gesehen, daß der Gedanke „Volksrechte gegen Kanonen" auf einem Parteitag ausgesprochen wurde und die Diskussion darüber in Fluß blieb, daß die Agitation der Revisionisten in der Partei nunmehr legitimiert war.

Auf dem Parteitag in Hannover (1899) wurde der Frage des „Militarismus" ein Referat gewidmet, dem sich eine lebhafte Diskussion anschloß. Der Referent Geyer[4]) faßt seine Auffassung so zusammen:

„Eine Abbröckelung an Punkt 3 des Programms würde eine Verlangsamung des Kampfes um das Endziel bedeuten; und wenn der Gedanke in der Partei Platz griffe, daß man das stehende Heeressystem nicht beseitigen wolle, daß man gelegentlich diesem System Bewilligungen machen könne,

um dafür Vorteile einzuheimsen auf politischem Gebiete,

dann würden wir unseren Kampf zurückschrauben, würden damit unseren politischen Rückgang dokumentieren und dadurch die Kraft des Gegner stärken."

Geyer wendet sich also gegen den politischen Opportunismus, will die grundsätzliche Gegnerschaft gegen den Militarismus aufrechterhalten wissen.

Energisch verteidigt auf diesem Parteitag der Gegenspieler von Geyer, Schippel, die opportunistische Politik, mehr als das, den Militarismus — die Notwendigkeit des stehenden Heeres, eventuelles Offensiv-Vorgehen des deutschen Militarismus. Ausgehend von dem Eingekeiltsein zwischen Westen und Osten führt Schippel aus:[5])

„Entweder wir glauben an keine jemals hervorbrechenden Gegensätze zwischen den Staaten, dann müßte nicht die Miliz, sondern die vollständige Aufhebung jedes Heeres unsere Forderung sein. Oder wir glauben an mögliche Konflikte, dann haben wir

als Vertreter der deutschen Arbeiterklasse die Pflicht auch dafür zu sorgen, daß die deutschen Arbeiter obenauf bleiben. (Unruhe.)

Und auch das müssen wir anerkennen, daß wir zwar in erster Linie den Frieden erstreben, politisch uns nur verteidigen wollen, im anderen Falle aber den Krieg über die Grenzen hinauszutragen, militärisch offensiv vorzugehen haben. (Hört, hört.)"

Schippels Opportunismus und „Realpolitik" geht aber noch einen Schritt weiter:[6]) „Ich habe in der „Neuen Zeit" gesagt: „Die großen Aufwendungen in allen modernen Gesellschaften zu unproduktiven, vor allem auch seitens des Staates zu militärischen Zwecken, sind keine Verstärkung, sondern eine Erleichterung des allgemeinen ökonomischen Drucks. Jede Gesellschaft der „Ueberproduktion" wird nicht belastet, sondern entlastet, wenn die Produktion relativ geschwächt, die Konsumtion relativ vermehrt wird... Nun kann ich von diesem Standpunkt aus auch nicht in das kleinbürgerlich-freisinnige Geschrei über den wirtschaftlichen Ruin durch die unproduktiven Militärausgaben einstimmen.""

[4]) Parteitagsprotokoll 1899. S. 255. Unterstreichungen vom V.

[5]) Ebenda S. 260, Unterstreichungen vom V.

[6]) Ebenda S. 261, Unterstreichungen vom V.

(Weitere Artikel folgen.)

Goethefeier im Arbeiterstaat

Anläßlich des 100. Tadestages Goethes wurde eine Reihe Versammlungen in den großen Städten der Sowjetunion, die der schöpferischen Tätigkeit Goethes gewidmet waren, veranstaltet.

In Moskau fand am Abend im Säulensaal des Gewerkschaftshauses unter dem Vorsitz des Volkskommissars für Aufklärung, Bubnoff, eine Feier statt, die vom Volkskommissariat für Aufklärung, der Kommunistischen Akademie, dem Staatsverlage sowie wissenschaftlichen und literarischen Organisationen veranstaltet wurde. Volkskommissar Bubnoff charakterisierte in seiner Einleitungsrede die Epoche Goethes und seine Persönlichkeit als die eines Vertreters der damals noch sehr jungen Bourgeoisie, der alle ihre Widersprüche in sich verkörperte.

Lunatscharski schilderte in einem ausführlichen, mit größter Aufmerksamkeit angehörten Vortrage Goethe als den genialsten Dichter, Dramatiker und Philosophen, der unter der eisigen Maske des Olympiers bis zum letzten Tage den Geist des Protestes bewahrt habe. Kogan sprach über die Werke Goethes, während der Leiter der wissenschaftlichen Abteilung des Volkskommissariats für Aufklärung, Luppol, die naturwissenschaftlichen Ansichten Goethes beleuchtete. Schließlich behandelte der Kritiker Averband das Thema „Goethe und die zeitgenössische Epoche".

Nach den Vorträgen fand ein Konzert mit Kompositionen statt, die Werke Goethes zum Gegenstand haben.

*

Dem 100. Todestage Goethes widmet „Iswestija" eine ganze Seite, in der zwei Artikel von Kameneff und Dinamoff Aufnahme gefunden haben. Kameneff schreibt, sowohl Goethe wie seine riesige Leserschaft hätten aus den allgemeinen Gedanken seiner Dichtungen keine konsequenten praktischen Schlüsse gezogen. Diese Leser seien in ihrer überwiegenden Mehrheit Kinder der Bourgeoisie gewesen, der Bourgeoisie sei es aber nicht möglich gewesen, aus dem Kampf Goethes gegen die Sklaverei des menschlichen Geistes und menschlichen Willens konsequente Schlüsse zu ziehen. „Nur wir Kommunisten," so fährt Kameneff fort, „die wir alles Kleinliche, alles Kompromißhafte, alles Philisterhafte, alles Konterrevolutionäre, das Goethe anhaftete, ablehnen, versetzen alles Große an ihm aus dem Reich der Träume, aus dem Reich der Phantasie und des abstrakten Denkens in die Wirklichkeit, in das praktische Leben, in konkrete Tätigkeit von Millionen Menschen, verleihen seinem Protest gegen die demütigenden Verhältnisse des menschlichen Daseins Ausdruck und bringen seine besten Hoffnungen, seine stolzesten Träume, sein kühnstes Streben zur Verwirklichung.

In der großen Kultur des Proletariats wird Goethe weiterleben, wird er zu neuem Leben erwachen."

Russische Jubiläums-Ausgabe von Goethes Werken

Der Leiter des Vereinigten sowjetrussischen Staatsverlages, Chalatoff, erklärte in einer Unterredung aus Anlaß des Goethe-Jubiläums:

„Die kritische Reproduktion und die Verarbeitung des gewaltigen Kulturnachlasses Goethes auf Sowjetboden ist eine äußerst verantwortliche Aufgabe und für uns von gewaltiger Bedeutung. Es ist begreiflich, daß die früheren russischen Goetheausgaben sowohl in Bezug auf die Vollständigkeit des gesammelten Materials wie in der Technik der Uebersetzung und im Ideologischen unbefriedigend sind. Der Vereinigte Staatsverlag stellte sich, als er an die Ausgabe der Jubiläumssammlung des Goethewerkes schritt, in erster Linie die Aufgabe, aus dem gewaltigen literarischen Nachlaß Goethes für die breiten Massen der russischen Leser das Wertvollste auszuwählen, eine gute Uebersetzung herzustellen und den Lesern die notwendigen Erklärungen zu geben. Die russische Jubiläumsausgabe der Werke ist auf 13 Bände berechnet, die unter der Redaktion Kameneffs und der Akademiker Lunatscharski und Rosanoff erscheinen. Die Ausgabe wird eingeleitet durch eine große Einführungsabhandlung aus der Feder Lunarscharskis. Die Ausgabe wird zahlreiche Werke Goethes enthalten, die bisher noch nie ins Russische übersetzt wurden. Mit wenigen Ausnahmen erscheinen die Schriften Goethes neu übersetzt, und zu diesem Zwecke sind die besten Dichter und Uebersetzer Rußlands herangezogen worden. Die Ausgabe enthält zahlreiche Portraits, Faksimiles, Zeichnungen. Viele Faksimiles zeigen bisher nicht veröffentlichte Autogramme Goethes. Als Kommentar und zur Abfassung der einzelnen Einführungsartikel wurde der beste russische Goetheforscher herangezogen. In den Jubiläumstagen erscheinen die ersten zwei Bände der Ausgabe. Der erste Band enthält Goethes Lyrik, der zweite die Jugendlieder und die epischen Gedichte. Durch die neue russische Goetheausgabe wird die Goethe-Forschung sowohl im Ausland, insbesondere in Deutschland wie auch in Rußland bereichert werden; sie wird der Bevölkerung Rußlands dazu verhelfen, die Schöpfung des großen Weltpoeten und Denkers möglichst vollständig kennen zu lernen."

1900 Jahre Kerker in vier Monaten

Im zweiten Halbjahr 1931 — meldet der „Südtiroler" — hat das faschistische Sondergericht mit der größten Intensität gearbeitet; die Prozesse fanden in einem Zeitraum von ungefähr vier Monaten statt, und sowohl an der Zahl der Urteile, wie auch an der Zahl der auferlegten Gefängnisjahre ist schon zu ersehen, welch' hohes Tempo die Tätigkeit des Gerichts eingeschlagen hat.

Nachfolgend ein Bild der Prozesse und der Urteile: Prozesse 39; Angeklagte 274; Freigesprochene 65; Verurteilte 209; verhängte Strafen 865 Jahre, 9 Monate, 4 Tage.

Es ist interessant, aus dem Gesamtbild der Prozesse die folgenden Angaben über die Verteilung der Verurteilten nach Provinzen herauszugreifen:

Auf der anderen Seite haben vor den ordentlichen Gerichten und den Schwurgerichten folgende politische Prozesse stattgefunden: Prozesse 12 (davon 34 Maffiaprozesse); Angeklagte 335; Freigesprochene 117; Verurteilte 218; ausgesprochene Strafen 1034 Jahre und 16 Tage. Die sogen. sizilianischen Maffiaprozesse sind natürlich die bedeutendsten und brachten für sich allein 212 Angeklagte; 76 Freigesprochene, 136 Verurteilte mit 894 Gefängnisjahren.

Zusammengenommen zeigen das Sondergericht und die ordentlichen Gerichte die folgende wahrhaft eindrucksvolle Bilanz faschistischer Justiz auf politischem Gebiet: Prozesse 51; Angeklagte 609; Freigesprochene 182; Verurteilte 427; verhängte Strafen 1899 Jahre, 9 Monate und 20 Tage.

Der Wirbelsturm

275 Todesopfer

Birmingham (Alabama), 23. März 1932.

Die Zahl der Todesopfer in den fünf vom Zyklon verwüsteten Staaten hat sich nunmehr auf 275 erhöht, man zählt 2500 Verletzte. Milizpatrouillen durchstreifen die Stadt Montgomery, um Plünderungen zu verhindern.

Bootsunglück auf Java

Vier Tote, 19 Vermißte

Amsterdam, 23. März 1932

Nach Meldungen aus Surabaja (Java) ist auf der dortigen Reede ein mit 49 Personen besetztes großes Kanu bei starkem Wind umgeschlagen. Die Besatzung eines holländischen Dampfers konnte 26 der Insassen retten, von denen schon einige das Bewußtsein verloren hatten. Bisher konnten vier Leichen aus dem Wasser geborgen werden. Man befürchtet, daß die übrigen 19 Personen die noch vermißt werden, ertrunken sind.

Haftentlassung Hackebells

Für Generaldirektor Guido Hackebeil fand am Dienstag Haftprüfungstermin statt. Der Haftbefehl gegen ihn wurde aufrechterhalten, doch soll Hackebeil mit der weiteren Haft gegen Sicherheitsleistung von 100 000 M. und Hinterlegung seines Passes verschont werden, da bei dem gegenwärtigen Stand der Untersuchung Verdunklungsgefahr nicht mehr zu befürchten ist.

Brandunglück in Bayern

Drei Todesopfer

Viechtach (Niederbayern), 23. März 1932.

Das Wohnhaus der Familien Biller und Wensauer in Rottenbühl wurde in der Nacht zum Dienstag durch einen Brand eingeäschert. Dabei fanden der 30jährige Sohn und die Tochter der Familie Biller, sowie das 7jährige Töchterchen der Familie Wensauer den Tod in den Flammen.

SJV Hamburg greift an

Der SJV hat in den letzten beiden Monaten acht öffentliche Versammlungen, vorwiegend mit Genossen Bobzien als Redner, durchgeführt.

In Hammerbrook sprach er vor etwa 150 Genossen, die größtenteils dem KJV angehörten. Sachliche Diskussion, aber starres Festhalten des kommunistischen Redners an der RGO-Linie.

In Berne fand eine gemeinsame Versammlung von SJV und KJV statt. Für den KJV sprach Genosse Klaus Störtebecker. Es wurde eine Resolution für Zusammenarbeit angenommen. Inzwischen sind aber die führenden KJV-Genossen ausgeschlossen worden. — Die Bürokratie triumphierte wieder einmal über die Einsicht der eigenen Genossen.

In Bergedorf sachliche Diskussion mit KJ und republikanischen Pfadfindern.

In Goldbeck referierte Genosse Riel vor SJV- und KJV-Genossen.

Im Distrikt Hafen sprach Genosse Bobzien über das Thema „Eiserne Front oder rote Klassenfront" vor 160 Genossen. Hier war die SAJ erschienen. Es war die einzige Versammlung, in der es zu einer Störung kam. Der „linke" Heinz Ahrens provozierte einen „Auszug der Kinder Israels".

In Rothenburgsort sprach Genosse Riel vor etwa 120 Teilnehmern. Ehemalige SAJler entpuppten sich als „eisern".

Im Distrikt Barmbeck sprach Genosse Bobzien vor etwa 130 Jugendgenossen, Diskussion mit Jungbanner, SPD, KPD und KJV. Auf unser Angebot, einen gemeinsamen Wahlausschuß zu gründen, schwiegen sich die kommunistischen Genossen aus. Das Jungbanner verfocht die Parole des „kleineren Uebels".

Die Versammlungskampagne wurde abgeschlossen mit einer Klaus-Zweiling-Versammlung, die eine erste gemeinsame Veranstaltung von SJV, KPO und APJ (Arbeitsgemeinschaft proletarischer Jugendorganisationen) war. Besuch etwa 300 Personen. Diskussion mit „linken Kommunisten", Lenin-Bund und KPO.

Hamburg

Eine Märzfeier veranstaltete der SJV Hamburg. Etwa 400 Personen nahmen daran teil. Es wirkten mit: ein Orchester, der Bewegungschor Lola Rogges, das SJV-Kollektiv und ein Einzelsprecher. Im Gegensatz zu unserer ersten Kulturveranstaltung in Hamburg, die an dieser Stelle kritisiert wurde, ist jetzt das kollektive Moment besonders betont worden. Die Veranstaltung war ein guter Anfang und durchaus ein Erfolg. Im Interesse der weiteren Arbeit soll aber doch einiges zur Kritik der Veranstaltung gesagt werden. Die Einheitlichkeit des Programms litt etwas darunter, daß einige der musikalischen Vortragsstücke sich nicht recht in den Rahmen einfügten, das gilt namentlich für Mozarts „Schauspieldirektor" und ein Stück von Haydn. Im übrigen zeigte das junge Orchester tüchtige Leistungen. Der Bewegungschor, der dem Sinn der Feier sonst durchaus gerecht wurde, verlor sich einmal in einen Einzeltanz, der das Kollektiv der Gesamtfeier durchkreuzte. Selbstverständlich ist im Rahmen einer Kollektivveranstaltung auch Einzeldarstellung möglich, aber immer nur dann, wenn sie als Funktion im Rahmen des Ganzen empfunden wird. Diesem Gedanken wurde das SJV-Kollektiv gerecht, wo jeder Einzelsprecher als Funktionär des Kollektivs wirkte. Im Kollektiv machten sich dafür einige technische, auch sprachliche Mängel bemerkbar, die aber für die Gesamtleistung nicht ins Gewicht fallen.

Königsberg

Versammlungen des proletarischen Einheitsfrontkartells werden in der Zeit vom 4. bis 9. April in Ostpreußen abgehalten. Die Kartelle in Danzig, Elbing, Insterburg und Königsberg werden zum erstenmal, für die Einheitsfront werbend, an die Oeffentlichkeit treten. In Marienburg wird anschließend an eine öffentliche Versammlung der Partei die Ortsgruppengründung vorgenommen werden. Genossen, propagiert heute bereits diese Versammlungen.

Der Aufmarsch der „Eisernen Front" am Sonntag war kläglich. Obwohl alle angeschlossenen Organisationen, sowie Landarbeiter des Landkreises Königsberg, zugezogen wurden, beteiligten sich an der Demonstration nur 1000 Arbeiter. Die sozialdemokratische „Volkszeitung" ügt diesen kläglichen Aufmarsch in eine machtvolle Kundgebung von 2000 Arbeitern um. Ein Rundschreiben der „EF"-Leitung beklagt sich jedoch bitter über die vorherrschende Unlust der Arbeiter. — Der Demonstrationszug der Nazis wagte sich zum erstenmal unter starker Polizeibewachung in die Arbeiterviertel. 2000 Beteiligte, fast ausschließlich Jugendliche zwischen 14—20, durchzogen wild brüllend die Stadt.

Ausbeutung der Ortskrankenkassenangestellten. Unter dem üblichen Vorwand, den Geschäftsbetrieb nur noch durch Aufnahme ungedeckter Beträge aufrecht erhalten zu können, sind in dem letzten Vierteljahr bereits etwa 30 Angestellte entlassen worden. Die Folge ist natürlich Arbeitsüberlastung der noch im Betrieb stehenden Angestellten. Die Geschäftsführung der O.-K. verlangte deshalb, daß die Belegschaft für 5 Tage (bis zum 11. 3.) täglich 2½ unbezahlte Ueberstunden leisten sollte. Der ZDA ist Kontrahent für die Angestelltenschaft und erhielt, da die im Betrieb beschäftigten Arbeitnehmer fast restlos freigewerkschaftlich organisiert sind, eine Ladung zur Betriebsversammlung. Doch der ZDA unternimmt nichts. Sein Gauleiter teilt lediglich mit, daß er leider keine Zeit habe, an der Versammlung teilzunehmen. Die Betriebsversammlung tritt mit 36 gegen 23 Stimmen in einer geheimen Abstimmung für die kostenlose Ueberstundenarbeit ein. Die einzige gewerkschaftliche Handlung der Gauleitung des ZDA jedoch besteht am nächsten Tage darin, diesem Vertragsbruch zuzustimmen. Für sechs weitere jüngere Kollegen läuft trotzdem zu gleicher Zeit, obwohl ihr Ueberstunden schieben müßt, die Kündigung. Deshalb muß sofort der schärfste Druck, erstens auf die Betriebskollegen, zweitens auf die Gauleitung des ZDA, erfolgen, damit dafür gesorgt wird, daß 1. die Leistung von unbezahlten Ueberstunden sofort aufhört; 2. die Entlassung der sechs jungen Kollegen wegen Arbeitsüberlastung der im Betrieb verbleibenden rückgängig gemacht wird. N. B. Der Direktor und die Geschäftsführung gehören der SPD an. — Ein ebenso haarsträubender Vorgang in den städtischen Betrieben spielt sich bei der Reinigungs- und Fuhrgesellschaft ab, die gleichfalls unter der Leitung eines sozialdemokratischen Stadtrats steht. Angeblich muß die Stadt Königsberg sparen. Natürlich auf Kosten der Arbeiter. Diese mit der Reinigung der Straßen Beschäftigten werden gezwungen, täglich 13 Stunden für einen Stundenlohn von 0,65 M. zu arbeiten. Den Achtstundentag gibt es nicht mehr, Ueberstunden werden nicht tariflich bezahlt. Die sozialdemokratischen Betriebsräte aber sind voll und ganz zufrieden und erheben keinen Einspruch.

Köslin

Stadtverordnetensitzung. Der Vorsteher teilte mit, daß Beschwerden über nichtdurchgeführte Beschlüsse an den Provinzialrat weitergeleitet würden, damit auch der Beschluß, die Etatsausgaben für Wohlfahrtspflege von 40 000 auf 70 000 Mark zu erhöhen. Der Magistrat teilte mit, daß er die in der letzten Sitzung beschlossene 48-Stundenwoche für die städtischen Fürsorgearbeiter nicht durchführen könne, da sie Mehrkosten verursache. Stadtv. Kühne (Soz.) kritisierte das Verhalten des Magistrats, der dabei vergessen habe, die Ersparnisse zu berechnen, die naturgemäß später auch eintreten müßten. 60 Prozent aller Wohlfahrtsunterstützten erhalten nicht einmal die staatlichen Richtsätze. Durch die Mittel der Winterhilfe, die doch als zusätzliche Unterstützung gedacht sei, spare der Magistrat noch weiter an seinen Wohlfahrtsausgaben. Die Senkung der Werktarife (Gas und Elektrizität) brachte ebenfalls Leben in die Versammlung. Die SPD will die bisher in ungenügendem Maße gesenkten Preise weiter gesenkt haben. Es wird kritisiert, daß die Ermäßigung erst jetzt in Kraft trete, obwohl die Auswirkungen der Notverordnungen auf Löhne, Gehälter usw. schon seit dem 1. Januar sich bemerkbar machten. Die Angelegenheit wird bis zur Etatsberatung vertagt. Die Senkung der Mieten (bisher 7½ Prozent) soll um 15 Prozent durchgeführt werden auf Antrag des Finanzausschusses. Der Oberbürgermeister erhält noch monatlich 875 M. Gehalt, eine Summe, in die sich 15 Wohlfahrtserwerbslosenfamilien teilen müssen. Auch dieser Antrag wird vertagt. Und so scheinen die kommenden Etatsberatungen noch manche Ueberraschung zu bringen.

Düsseldorf

Die Volkszeitung, das hiesige SPD-Organ, ist unter die Propheten gegangen. Ausgerechnet jene, die bei ihren eigenen Veranstaltungen unbegrenzte Phantasie besitzen, wollen die Stärke unserer Partei errechnen. In einem Artikel: „Wo bleibt die SAP?" versuchen jene „Größen" an dem Abstimmungsergebnis für Thälmann bei der Reichspräsidentenwahl festzustellen, wieviel Stimmen auf unsere Partei entfallen. Um hier zu einem Ergebnis zu kommen, muß man natürlich das Gewissen der Leute aus der Corneliusstraße haben. Folgendes Ergebnis: „Die absolute Einflußlosigkeit der SAP ist bereits bei diesen Wahlen dokumentarisch bewiesen, sie wird bei den Preußenwahlen nicht ein einziges Mandat erringen können." Was diese Leute doch für Sorgen haben! Die Stärke der SAP sollen sie schon frühzeitig erfahren. Unsere Genossen werden im Preußenwahlkampf alle Kräfte einsetzen, damit ein Ergebnis erzielt wird, das diesen Konkordatspolitikern nicht besonders angenehm ist.

Dr. med. h. c. von Legat, Direktor der Landesversicherungsanstalt Schlesien in Breslau, schreibt in der Zeitschrift „Deutsche Invalidenversicherung" über die 50. Wiederkehr der Entdeckung des Tuberkelbazillus durch Robert Koch unter anderem folgenden schönen Satz: „Es war wie eine höhere Fügung, daß wenige Monate vorher unser unvergeßlicher großer Kaiser Wilhelm I. in seiner weltberühmten Botschaft vom 17. November 1881 den Deutschen Reichstag aufgerufen hatte, im Wege der sozialen Gesetzgebung durch positive Förderung des Wohles der Arbeiter die sozialen Schäden zu heilen."

Solche Hohenzollernlegenden können heute noch im 14. Jahr der deutschen Republik in einer amtlichen Zeitschrift verzapft werden. Jeder belesene Arbeiter weiß, daß diese soziale Botschaft den deutschen Arbeitern als Zuckerbrot für die Peitsche des Sozialistengesetzes von Bismarck gereicht wurde. Es wird aber Zeit, daß die Republik auch den Herrn von Legat zu seinem „unvergeßlichen großen Kaiser" der Vergessenheit einreiht. Vielleicht finden dazu die versicherten Vertreter im Vorstand der Landesversicherungsanstalt Schlesien und die Provinziallandtagsabgeordneten recht bald Gelegenheit. Aber auch die Vertreter im Ständigen Ausschuß des Verbandes der Landesversicherungsanstalten sollten dem Schriftleiter, Landesrat Dr. Brunn, Berlin, dieses Elaborat unter die Nase halten, denn solche Ergüsse werden von den Geldern der Versicherten in die Welt gesetzt.

Jerichow

Genosse August Siemsen (MdR) spricht Donnerstag, 7. April, 20 Uhr, bei W. Lücke für den Landtagswahlkampf über das Thema: „Schluß jetzt mit dem Ausbeutersystem!" — Die Nazis haben hier eine große Niederlage erlitten, denn sie dachten, nach dem Reichspräsidentenwahlkampf könnten sie mit der Arbeiterschaft nach ihrem Belieben verfahren. Sie sind in unserem Orte noch nicht einmal die stärkste Partei geworden. Ihre Versammlungen werden nur von Geschäftsleuten besucht. Damit der Saal gefüllt wird, muß die SA, bestehend aus Landwirtssöhnen von den umliegenden Dörfern, nach hier kommen. Ihre letzte Versammlung bestanden zu 90 vH. aus SA-Leuten. Die Arbeiterschaft will von diesen Untertanen des dritten Reichs nichts wissen, und mag Herr Jentsch, der Buchhalter beim Gutsbesitzer Teute, seine Arbeiter für die Naziversammlungen zehnmal „einladen" und ihnen Eintrittsgeld bezahlen.

Heidenau

Das Bühnenschauturnen der Freien Turner hat wieder jeden der sehr zahlreich Erschienenen zufrieden heimgeschickt. Bei wirkungsvoller Bühnengestaltung gaben alle Abteilungen ihr Bestes. Lachendes Jungvolk und naturgemäßes Turnen (d. h. ohne Geräte) finden immer Beifall.

So macht man Nazis!

Und folgst Du nicht willig . . .

Dortmund, 23. März 1932.

Von recht eigenartigen Agitationsmethoden der Nazis erfuhr man in einer Sitzung des Dortmunder Landesarbeitsgerichts, das sich mit einer Kündigungseinspruchsklage eines Bergmanns Lellesch gegen die Bochumer Zeche „Hannibal" beschäftigte. Der Kläger behauptete nämlich, daß er nicht wie von der Zechenverwaltung angegeben wurde, wegen Absatzschwierigkeiten, sondern

wegen seiner Zugehörigkeit zum Bergbauindustriearbeiterverband und seiner Weigerung, Mitglied der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei zu werden, gekündigt und entlassen

worden sei. Der Steiger Meyer habe ihm und seinen Kameraden mitgeteilt, daß auf der Zeche eine Nazi-Betriebszelle gegründet worden sei, und ihn aufgefordert, dieser beizutreten. Als er das abgelehnt habe, habe ihm der Steiger erklärt, daß er seinen Namen bald am schwarzen Brett finden würde. Die Kündigung war dann tatsächlich kurz darauf erfolgt. Die Einspruchsklage wurde deshalb auf § 84,1 (Maßregelung wegen politischer oder gewerkschaftlicher Zugehörigkeit usw.) des Betriebsrätegesetzes gestützt.

Das Bochumer Arbeitsgericht hatte die Klage eigenartigerweise kostenpflichtig abgewiesen, und das, obwohl der Steiger als Zeuge die fragliche Aussprache zugeben mußte und der Betriebsführer (Name wurde nicht genannt) erklärte, daß er den Entlassenen nur deshalb auf die Kündigungsliste gesetzt habe, weil ihm zu Ohren gekommen sei, daß er kommunistische Propaganda betreibe. Von der Werbungsgeschichte wollte er nichts gewußt haben. Es hieß deshalb

in der Urteilsbegründung, daß zwischen der Aufforderung des Steigers zum Eintritt in die NSDAP und der Kündigung kein kausaler Zusammenhang

bestehe.

Vor dem Dortmunder Landesarbeitsgericht erdreistete sich der Zechenvertreter, Rechtsanwalt Dr. Mansfeld, zu behaupten, daß die Klage aus § 84,1 nur deshalb angestrengt worden sei, weil Einsprüche aus § 84,4 („unbillige" Härte) wegen der großen Arbeitslosigkeit heute kaum noch Erfolg hätten. (!) Von dem Vertreter Dehmel vom Bergarbeiterverband in die Enge getrieben, erklärte er dann schließlich:

„Der Steiger Meyer ist bei seinem Kampfe für das Dritte Reich leider zu weit gegangen."

Das Urteil erster Instanz wurde aufgehoben und

die Zeche zur Wiedereinstellung bzw. Zahlung einer Entschädigung von 800 M. verurteilt.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende u. a. aus, daß der Kläger wegen seiner politischen Propaganda nicht auf die Kündigungsliste gesetzt werden durfte. Eine Kündigung wäre nur dann gerechtfertigt gewesen, wenn er gehetzt oder zur Sabotage aufgefordert hätte. Weil das aber nicht bewiesen worden sei, seien die Voraussetzungen des § 84,1 BRG. und des Artikels 159 der Reichsverfassung gegeben, wonach jedem Deutschen das Recht der freien Meinungsäußerung zustände.

Die Anwendung der hier offenbar gewordenen Agitationsmethoden beweist wohl am besten, daß die Nationalsozialisten bei der Ruhrbergarbeiterschaft mit ihrer „Hib"-Aktion (Hinein in die Betriebe!) elend Schiffbruch erlitten haben und daß sie überall da, wo sie organisierte klassenbewußte Arbeiter antreffen, auf Granit beißen.

Versammlungsterror der „Eisernen Front"

Die Mitglieder des Bezirksvereins der Düsseldorfer Buchdrucker lösen sich von der ihnen vorgeschriebenen Meinung der reformistischen Führung immer mehr los und fangen an, politisch selbständig zu denken und zu handeln. In der letzten Sternberg-Versammlung ist mit überwiegender Mehrheit eine Resolution angenommen worden, die den korporativen Anschluß an die „Eiserne Front" wegen deren falscher Stoßrichtung ablehnt und stattdessen die Einheitsfront zum Kampfe gegen Lohnabbau, gegen die Zerstörung der Sozialversicherungen und für die Wiedereinreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß fordert. Jedem einzelnen Kollegen blieb es daher überlassen, sich persönlich der „Eisernen Front" anzuschließen oder nicht. Dies hat sonst behäbige Geister aus ihrer Ruhe aufgescheucht. Hinter dem Rücken und ohne Wissen unseres ersten Vorsitzenden hat eine Funktionärversammlung der „Eisernen Front" beschlossen, daß ein Fackelzug stattfinden sollte und jede Gewerkschafts-Versammlung an dem betreffenden Tage auszufallen habe. Der ADGB-Angestellte Büttner hat daraufhin im Einverständnis des Kollegen Böhringer die vom Vorstand statutgemäß angesetzte Bezirksversammlung eigenmächtig ohne Wissen unseres Verbandsvorsitzenden die Versammlung abgesetzt und den Versammlungssaal einfach abbestellt. Kollege Böhringer hat dem ersten Vorsitzenden Jürß erst am Tage der angesetzten Versammlung vormittags 10 Uhr davon Kenntnis gegeben. Trotz Anweisung des ersten Vorsitzenden, daß die Versammlung doch stattzufinden hatte, hatte Böhringer eigenmächtig bei den Erwerbslosen bekannt gemacht, daß die Versammlung ausfalle. Diese Nachricht hatte er auch in die Betriebe lanciert. Die angesetzte Versammlung konnte so erst am nächsten Tage stattfinden. Auch diese Versammlung konnte durch den organisierten Radauterror unter Führung Zinners nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden. Zinner half während der ersten Nachkriegsjahre als Polizeibeamter mit, die Revolution niederzuschlagen. Dies wurde vor einiger Zeit von einem seiner Parteigenossen in einer Bezirksversammlung bekanntgegeben. Der Tumult und Radau setzte auf Zeichen des Kollegen Zinners ein oder verstummte. Zurufe wie: Knochen kaputtschlagen, Gesocks, Hallunken und Verbrecher waren die „geistigen" Waffen der „Eisernen Front", die angeblich gegen den Faschismus kämpft, in Wahrheit mit den gemeinsten Mitteln die eigenen Genossen bekämpft.

Zur Unterstützung hatte man sich noch dazu die beiden Gauvorsteher aus Köln verschrieben, die nach eigenem Eingeständnis Löchners in ihrem Sinne schon zum dritten Male nach Düsseldorf gerufen worden sind, um „Ordnung" zu schaffen, ohne unsern Vorsitzenden von ihrem Kommen in Kenntnis zu setzen.

Es wurde angedroht, und zwar von den Kollegen Hirsch und Zinner, daß die „Eiserne Front" zukünftig in jeder Versammlung in dieser Stärke und in dieser Form erscheinen und auftreten werde, um mit Gewalt die Opposition kaputt zu schlagen. Wir richten daher einen Appell an die gesamte Mitgliedschaft, sich zwecks Abwehr dieser Terrorbanden die rote Einheitsfront in der Form eines überparteilichen Abwehrkartells zu bilden und von jetzt ab vollzählig jede Versammlung zu besuchen, damit diesen Radaumethoden ein Paroli geboten wird.

SAP

Unterbezirk Bochum

Karfreitag, 25. März, findet im Hotel „Märkischer Hof", Bahnhofstraße, ein

außerordentlicher Parteitag

statt. Beginn 10 Uhr morgens.

Tagesordnung:

1. Die Preußenwahlen. Referent: Babuske-Dortmund.
2. Aufstellung der Kandidaten zur Landtagswahl.

Die gewählten Delegierten werden gebeten, pünktlich zu erscheinen.

Die Unterbezirksleitung
I. A.: Koch

Meißen

Der Besuch der öffentlichen SAJ-Veranstaltungen durch unsere SJV-Genossen geht den Hindenburgfrontlern auf die Nerven. Sie fürchten die Diskussionen mit uns. Die 50jährigen „Jugendlichen" suchen diese Furcht hinter lächerlichen Redensarten, wie „Nassauern der Bildungsgelegenheiten", „zu klein, um den Mitgliedern etwas bieten zu können" usw. zu verbergen. Das nützt nichts. SJV ist weiter aktiv. Nun wollen die SPD-Instanzen zum Schutze der Jugend zu besonderen Maßnahmen greifen mit den Parolen der Nazis: „Juden Zutritt verboten!" Oder wollen sie den Zutritt zu den öffentlichen Veranstaltungen mit Hilfe des Reichsbanners oder des Ueberfallkommandos verhindern? Schön, warten wir ab. Den Beweis, daß wir unseren Mitgliedern und der ganzen Arbeiterschaft etwas bieten können, werden wir im April mit einer großen Feier bringen. Dazu ist die Volkszeitungsredaktion heute schon eingeladen. Wir fürchten nur, sie kneift.

Löbau

Wahlkampf. Um die Kräfte für den zweiten Wahlgang zu sammeln, ist es notwendig, einmal kurz die Grundlagen des ersten zu beleuchten. Als wir in den Wahlkampf zogen, wußten wir, daß es außerordentlich schwierig sein würde, die SPD-Wähler für die Kandidatur Thälmann zu gewinnen, da die KPD alles getan hatte, Thälmann nicht als Klassenkandidaten erscheinen zu lassen. Zum zweiten wandte sich die SPD mit ihrer Parole: „Schlagt Hitler, wählt Hindenburg!" direkt an das Gefühl der Massen, ihnen suggerierend, als sei es tatsächlich möglich, mit Hindenburg den Faschismus zu schlagen. Wenn wir uns weiter die Tatsache vor Augen führen, daß die KPD zur Klärung der Köpfe auch in ihrer Mitgliedschaft nur sehr wenig tut, so ist durchaus anzunehmen, daß auch ein Teil der KPD-Wähler auf die falsche Parole der SPD hereingefallen ist. Stellen wir uns nun noch vor, mit welchen geringen Propagandamitteln wir unseren Kampf führen mußten, den Kampf vor allem gegen jene irreführende Parole der SPD, so haben wir ungefähr die Summe der Schwierigkeiten, mit denen zu kämpfen war. Angesichts dieser Schwierigkeiten bekommt das Ergebnis der Wahl in der Oberlausitz für uns eine noch größere Bedeutung, als es ohnedies schon hat. Bei der Reichstagswahl 1930 erhielt die KPD in den vier Amtshauptmannschaften 22 599 Stimmen. Jetzt bekam Thälmann 40 471 Stimmen, also 17 872 Stimmen mehr. Das ist eine Steigerung von 73 Prozent, die, nach dem Urteil bürgerlicher Pressorgane, der SAP zu verdanken ist. Wie lächerlich muten jene SPD-Situationsberichte an, wonach die SAP vollständig gescheitert sei. Wir müssen versuchen, im zweiten Wahlgang diesen Prozentsatz noch zu steigern, denn jede Steigerung bedeutet einen Schritt vorwärts. Wir müssen immer und immer wieder den SPD-Hindenburgwählern beweisen, daß Hindenburg nicht der Garant gegen den Faschismus sein kann, für den ihn die SPD-Führung ausgibt. So kommen wir zu einer Klärung, die der Arbeiterschaft das Bewußtsein gibt, daß sie, gestützt auf ihre Klassenkampfmittel, allein nur imstande ist, den Faschismus in allen seinen Erscheinungsformen erfolgreich zu bekämpfen.

Zwickau

Tagung des Sächsischen Lehrervereins. Hier findet in diesen Tagen die 57. Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins statt. Aus diesem Anlaß haben die städtischen Gebäude sowie die Schulen geflaggt. In der „Neuen Welt" eröffnete der Landesvorsitzende, Lehrer Trinks, Dresden, die Versammlung. Etwa 1500 Lehrer waren vertreten. Der Toten wurde in ehrender Weise gedacht. Nach einem Referat des Prof. Fischer, München, „Geisteslage und Bildungskrise der Zeit", und Entgegennahme des Jahresberichtes wurde eine längere Entschließung angenommen, in der auf die verhängnisvolle Spar- und Abbaudiktatur hingewiesen wird, durch die dem schulischen Gedanken sehr geschadet wurde und der Ausbau des Unterrichtswesens gewaltig gelitten hat. Die soziale Hilfe für die Schuljugend, die Fortschritte der Schulhygiene sind verloren gegangen. Die Entschließung bringt in ihren Schlußsätzen das Warnungssignal der Lehrerschaft zum Ausdruck. Eine andere Entschließung, in der die sächsischen Lehrer sich erneut zur Republik und Demokratie bekennen, fand ebenfalls Annahme.

Man möchte allerdings meinen, die Lehrer sollten es in bezug auf die unerhörten Abbaumaßnahmen auf kulturellem Gebiet nicht bloß bei einer Entschließung im warnenden Sinne belassen. Sondern sie müßten energischer dagegen zu Felde ziehen und zum politischen Kampf gegen die Kulturreaktionäre vorgehen.

Planitz

Die Jugendweihe erfreute sich regen Interesses. Einige hundert Personen füllten den mit Tannengrün festlich geschmückten Volkshaussaal. Umrahmt wurde die Feier mit Musikvorträgen des Goldhahn-Quartetts und des Volkschors. Im Mittelpunkt der Feier stand die Weiherede des Genossen Staudy. 28 Buben und Mädels traten ins Leben, das bestimmt für viele nicht allzu rosig sein wird. Genosse Staudy forderte sie auf, sich jetzt schon einzureihen in die Kampffront des Proletariats.

Friedrichsgrün

Der schwarze Mann kehrt. Mehrere Essen der SPD-Genossen hat der SPD-Vorsitzende, Lehrer Lorenz, schon gekehrt, aber immer merkt er noch nicht, daß er dabei ständig als der schwarze Mann heimgekehrt ist. Jetzt fegt er die Esse der Bibliothek, die vor der Spaltung einer seiner Weggenossen, verwaltete. Es sucht alte Rechnungen und Quittungen heraus, die geprüft und für richtig befunden sind, jongliert mit Zahlen und spricht Verdächtigungen aus. Vielleicht liest er im Protokollbuch einmal nach, was unser Genosse Meier, als er noch Mitglied der SPD war, geschrieben hat, warum es keinen Zuschlag für die Bücher gab. Daß es aber dafür eine Reihe Bücher gab mit dem Vermerk: „Geschenkweise überlassen, Antiquarisch." Er rühmt sich, er brächte unsere Genossen hinter Schloß und Riegel. Wir behaupten aber, daß es, wenn der Amtsrichter ihn anpackt, für ihn ein sehr jähes Erwachen gibt. Bezüglich Kulturwillens empfehlen wir ihm, daß er die Hefte mal gelegentlich bei seinen Genossen abholt. Er schreibt: „So gewissenhaft verwaltete E. M. die Bibliothek. Vielleicht sieht er sich einmal die Quittung eines seiner Genossen an, der den Genossen Meier einmal vertrat. Dieser nahm glattweg wegen eines Abends 1 M. aus der Kasse." Der Herr Vorsitzende wurde davon in Kenntnis gesetzt. Aber bis heute hat er geschwiegen. Er wird, nein, er muß weiter schweigen, weil die Esse, die er kehrt, ihn zu sehr mit Ruß beschmutzt.

Der Gründer der Deutschsozialen Wirtschaftspartei verhaftet

Warum das nicht auf der Politikseite steht? Tja, diese Partei gibt es gar nicht. Entweder noch nicht, oder schon nicht mehr — jedenfalls es gibt sie nicht. Aber ihren Gründer hat man deshalb doch verhaftet.

Mittwoch morgens verhaftete die Kriminalpolizei in der Hollmannstraße einen, wie sie behauptet, „langgesuchten Betrüger", den „Dr. jur. Krause, Syndikus mehrerer wirtschaftlicher Verbände". Er war aber nur Syndikus eines einzigen wirtschaftlichen Verbandes, und dieser war er selbst.

Denn Herr Krause hatte das Gesicht der Zeit erfaßt.

Er übersah die ökonomische Struktur des wirtschaftlichen und politischen Wechselwirkens, das sich darin ausdrückt, daß z. B. Herr Hitler die politische Partei hat und Herr Thyssen die wirtschaftlichen Hintergründe, oder daß z. B. Herr Hugenberg ein wirtschaftliches Geschäft machen will und Kamerad Duesterberg die „tiefgefühlte politische Volksströmung" dazu konstruierte. Herr Krause war moderner und rationalisierte dies. Er beschloß seinen arg geknickten Finanzen durch wirtschaftliche Großtaten aufzuhelfen und gab zugleich an sich selbst den Befehl, durch das Wirken einer politischen Partei die Voraussetzungen dazu zu schaffen.

Herr Krause war fraglos der Napoleon des 20. Jahrhunderts, und nur eines hinderte ihn daran, sein großes Vorbild zu übertreffen — er hätte nicht bei St. Helena anfangen dürfen.

Und so wurde denn zuerst die politische Parteiaktion eine Pleite.

Er rief feurig zur Gründung einer „Deutschsozialen Wirtschaftspartei" auf, mietete einen großen Saal im Zentrum der Stadt und war pünktlich zur Gründungsversammlung da. Das war gut, weniger gut war nur, daß die zu gründenden Parteigenossen nicht auch so pünktlich waren — und auch im Laufe des Abends nicht pünktlicher wurden. Und Napoleon hatte wenigstens noch einen mäßigen Stab um sich, aber Herr Krause konnte nicht einmal die Saalmiete seiner Parteigründung bezahlen. Darauf entschwand Krause bis auf weiteres aus der Politik.

Dafür begann er um so intensiver mit der wirtschaftlichen Seite.

Er verschickte in Deutschland — wir sind ein kunstsinniges Volk — ein paar tausend Prospekte, in denen er „wertvolle Kunstbilder" zum Preise von 3,95 Mark anbot. Das ist wirklich kein Geld für ein richtiges „Kunstbild". Damit aber die Kunstbegeisterung nicht nur auf purem Idealismus zu fußen brauchte, teilte er gleichzeitig mit, daß mit dem Ankauf des unvergleichlichen Kunstbildes — das natürlich vorher bezahlt werden mußte — auch noch der kostenlose Erwerb eines Lotterieloses verbunden sei, mit dem man Fahrräder, Grammophone, Faltboote und anderes mehr gewinnen konnte.

Das war zwar nicht wahr, aber es nahm sich doch ganz hübsch aus.

*

Nun teilte Syndikus Krause seine Kundenschar in zwei Hälften. Die eine Hälfte bekam weder Kunstbild noch Lotteriegewinn jemals zu sehen. Die andere Hälfte hingegen erhielt nach einiger Zeit die freudige Mitteilung, daß das Lotterielos einen phänomenalen Gewinn gezogen habe und daß man „nur noch 5 Mark" für die Verpackungskosten des „größeren Gewinns" einschicken solle.

Sobald die Hälfte der Kundenschar dies getan hatte, bekam auch sie nie mehr Nachricht vom weiteren Ergehen des Krause-Syndikats . . .

*

Wie gesagt, jetzt hat man ihn verhaftet und es wird einen kleinen Betrugsprozeß geben. Schade, wenn man noch ein paar Jahre gewartet hätte, würde es eine Bombensache gewesen sein und eine ganze Stadtverwaltung würde sich dabei mit kompromittiert haben . . .

Mylau

Unsere Jugendweihe, die ursprünglich in Gemeinschaft der SAP- und SPD-Freidenker geplant, aber nach schon abgeschlossener Vorbereitung durch die SPD gespalten wurde, fand unter reger Beteiligung in der Turnhalle der Freien Turnerschaft statt. Ein Quartett der Reichenbacher Stadtkapelle, die Gesangvereine Lyra und Edelweiß, die Genossin Petzold und der Sprechchor des SJV umrahmten die Weiherede des Genossen Bischoff-Gera. Der Nachmittag vereinte die Teilnehmer zu einem Ausflug nach Rotschau, wo die Gruppen des SJV für Unterhaltung sorgten. Hat man auch mit allen Mitteln versucht, uns die Feier zu verleiden, wir wollen im Interesse der Arbeiterbewegung Einzelheiten verschweigen, so haben wir doch die Sympathien der Massen hinter uns, die uns durch finanzielle Hilfe und rege Anteilnahme gezeigt wurde.

In der Stadtverordnetensitzung wurde ein Dringlichkeitsantrag der Nazis auf Auflösung des Stadtparlaments mit Stimmengleichheit abgelehnt. Der Kommunist stimmte für diesen Antrag. Der Stadtbaumeister wehrte sich gegen die Angriffe wegen der schlechten Straßenbeschaffenheit. Er habe seinerzeit die Aufbringung des Kieses auf Anordnung des damaligen Bürgermeisters Dr. Wagner vornehmen lassen, der gesagt habe: Und wenn die Einwohnerschaft bis zu den Knien im Dreck stecke, er könne andere Mittel zur Ausbesserung der Straßen nicht bereitstellen. Der Abschluß einer Unfallversicherung für Mitglieder der städtischen Körperschaften wurde genehmigt, ebenso die Beschaffung von Forstkarten (130 RM.) und die Rückzahlung von Sicherheiten der Installateure. Die den Siedlern gegebenen städtischen Darlehen (bis zu 1500 RM.) sind nur noch mit 6 Proz. zu verzinsen und mit 1 Proz. zu tilgen. Ein Beschluß des Wasserausschusses, den Preis des durch Zähler abgegebenen Wassers für 1931 dem erhöhten Wasserzins der übrigen Einwohnerschaft anzupassen, wurde gegen 2 Stimmen abgelehnt. Die erforderlichen Wasserzähler sollen nunmehr aus Mitteln der Rücklagen der Wasserwerke beschafft und die 34 000 RM. in zehn Jahren zurückgezahlt werden. Der Pachtvertrag mit dem Friedensbund ehemaliger Kriegsteilnehmer betr. Schrebergärten wurde um weitere zehn Jahre verlängert.

Organisationsnachrichten

SJV

Heute, Donnerstag, 24. März 1932, 19.30 Uhr:

Charlottenburg-Mitte. Tagespolitik.
Prenzlauer Berg „August Bebel". „Osterfahrt."
Mitte-Nord. Lustiger Abend.
Mitte-Süd. Tagespolitik.
Reinickendorf. Fahrt bis Montag, 28. März, zur „Schorfheide".
Süd-West. Osterfahrt nach Altenhof.
Schönweide. Osterfahrt.

Morgen, Freitag, 25. März 1932:

Schönhauser Viertel „Paul Levi". Osterfahrt in die Ruppiner Schweiz.
Pankow. Treffpunkt zur Osterfahrt nach Mühlenbeck, 8 Uhr, Marktplatz.
Mitteilungen der BL. „Jungprolet" für die Osterfahrt abholen. Alle Gruppen nehmen zur Osterfahrt Material mit.
An alle Gruppen! Anläßlich des Parteitages, der in Berlin stattfindet, fahren alle Gruppen erst Freitag nachmittag auf Osterfahrt.
Treffpunkt für den Parteitag pünktlich 9 Uhr früh, „Kliems Festsäle", Hasenheide 13-15. **Alle Fahnen und Transparente mitbringen!**

*

SJV UB. Altmark. Alle Genossen Sonntag, 9 Uhr, beim Gen. Alfred Napp in Jerichow zur Osterfahrt nach Premnitz. Unkosten 1 RM.
SAP Düsseldorf. Ortsvereinsmitgliederversammlung, Mittwoch, 30. März, 20 Uhr, im Lokal Lettmann, Kölner Str. 84. Bericht vom Bezirksparteitag.
Freie Schwimmer Düsseldorf 1910 e. V. Freitag, 25. März (Karfreitag), Arbeitsdienst ab 9 Uhr auf dem Eigenheimplatz. Alle Genossen müssen erscheinen.
SAP Zwickau. Bezirksversammlungen in der Woche nach Ostern in allen Bezirken. Ueberall wird über den Reichsparteitag berichtet. Besondere Einladungen durch die Bezirksvorsitzenden. Auch an dieser Stelle werden die Versammlungen bekannt gemacht.

Klingenthal

Unsere letzte Mitgliederversammlung war, wie üblich, recht gut besucht. Sie beschäftigte sich hauptsächlich mit den Ergebnissen der Reichspräsidentenwahl. Uebereinstimmend wurde festgestellt, daß die Wahl mit aller Deutlichkeit bewiesen habe, wie notwendig heute die SAP für das Proletariat sei. Ohne die SAP wäre es im Klingenthaler Bezirk nicht gelungen, reichlich 3200 Stimmen für Thälmann herauszuholen gegenüber 1800 KPD-Stimmen zur Reichstagswahl 1930. Andererseits würde diese Zahl noch viel höher sein, wenn sich die Kommunisten während des Wahlkampfes nicht allerhand Dummheiten geleistet hätten. Weiter nahm man Stellung zu der Prinzipienerklärung des Parteivorstandes, die bis auf den Absatz VI einmütige Zustimmung fand. Bei Absatz VI entschieden sich zwei Genossen für die Fassung Küsters, während alle übrigen für die des Parteivorstandes eintraten. Zum Schluß gab der Vorsitzende eine Anzahl Neuaufnahmen bekannt.

Leser werbt für die SAZ

Aus der Mark

Provinzialetat dem Staatskommissar eingereicht

Der nach den vom Staatskommissar, Oberregierungsrat Dr. Hoffmann, erlassenen Bestimmungen umgearbeitete Provinzialetat ist dem Staatskommissar zu weiterer Aeußerung zugegangen. Der Etat wird noch vor Ostern in Kraft gesetzt werden, so daß die Provinzialverwaltung nach Ostern nach dem neuen Etat weiterwirtschaften kann.

Nauen

Der Kreistag Osthavelland nimmt den Etat an. Der Kreistag des Kreises Osthavelland nahm nach längerer Debatte den Etat für 1931/32 an. Der Etat schließt mit 3 256 875 Mark. Als Kreisumlage wurden 38 Prozent der Anleihe aus der Reichseinkommen- und Körperschaftssteuer sowie des steuerpflichtigen Aufkommens an Bürgersteuer, ferner 62 Prozent der vorläufigen Grundvermögensteuer und 65 Prozent Gewerbesteuer erhoben.

Nowawes

Gegen wen richtet sich der „Osterfrieden?" Hier wurde die erste Verhaftung wegen Bruches des „Osterfriedens" vorgenommen. Die Schüler der Nowaweser Schulen kamen nach einer Goethefeier aus dem Kinotheater „Scala". Sie wurden auf der Straße von einem jungen Arbeiter namens Richter empfangen, der an sie Flugblätter verteilte. Richter wurde festgenommen und dem Amtsgericht Potsdam zugeführt.

Marienwerder

Die Arbeitslosen sind die Leidtragenden. Die Gemeinde Marienwerder hatte infolge ihrer sehr ernsten Finanzlage bei den verschiedenen Ministerien Hilfe erbeten. Von den daraufhin zur Verfügung gestellten 4000 M. mußten sofort 2000 M. für die Abdeckung der angesammelten Gemeindeanteile für die Kriesenunterstützung verwandt werden. Die restlichen 2000 M. dürfen nur zur Bestreitung der Gemeindeanteile für die Wohlfahrtsunterstützung Verwendung finden. Wie weit die Summe gereicht hat, geht daraus hervor, daß den Erwerbslosen am Sonnabend nur die Hälfte des Unterstützungssatzes ausgezahlt werden konnte. Auch die kürzlich zwangsweise eingeführte Bürgersteuer hat nur sehr wenig zur Besserung der Finanzlage beigetragen. Der Gemeindevorsteher teilte dem Finanzausschuß in der letzten Sitzung mit, daß sich die Verpflichtungen bis zum Ablauf des Rechnungsjahres auf fast 12 000 Mark belaufen würden.

Stendal

Tödlicher Ausgang eines Schifferstreites. Der Steuermann Wustmann geriet in der Ortschaft Bittkau (Elbe) mit dem Schiffer Albert Severin in Streit und erhielt von seinem Gegner einen wuchtigen Schlag mit einem Knüppel über den Kopf, Wustmann brach tot zusammen. Der Täter wurde verhaftet und gestand die Tat ein. Beide Männer waren ihrer Kinder wegen verfeindet.

Tragischer Abschluß einer Reiterveranstaltung. Einen tragischen Abschluß fand die Trensenbesichtigung altmärkischer Reitervereine in Belkau. Als der 26jährige Landwirtssohn Seglitz aus Schorstedt nach der Veranstaltung heimritt, stürzte sein Pferd in der Dunkelheit und Seglitz schlug mit dem Kopf so unglücklich auf den hart gefrorenen Boden, daß er auf der Stelle getötet wurde.

Dannenberg

Tödlicher Sturz von der Treppe. Der Rentier Erich Brünger wurde in der Nacht von einem Unwohlsein befallen. Als er sein Schlafzimmer verlassen wollte, stürzte er von der Treppe und schlug mit dem Kopf gegen einen Schrank. Seiner schweren Verletzung ist Brünger im Dannenberger Krankenhaus erlegen.

Lüchow

Verlustliste der SA. Acht SA-Führer aus Lüchow und Umgegend, die mit einem Kraftwagen des SA-Führers Jagow aus Wustrow zu einer Führerbesprechung nach Harburg unterwegs waren, erlitten unterwegs einen schweren Autounfall. Der Kraftwagen fuhr gegen einen Chausseebaum und wurde schwer beschädigt. Zwei Insassen wurden schwer verletzt, die übrigen kamen mit leichteren Verletzungen davon.

Jüterbog

Selbstmord an der Stelle des Eisenbahnanschlages von Matuschka. In der Nacht auf Dienstag gegen 2 Uhr wurde bei Grüna, an der Stelle, wo Matuschka im August 1931 den Anschlag auf den D-Zug Basel—Berlin verübte, ein junger Mann tot auf den Schienen gefunden. Der Kopf war ihm vom Rumpf getrennt. Der Tote wurde als der 19jährige Tischlerlehrling Fritz Gröst aus Jüterbog festgestellt. Gröst, der kurz vor der Gesellenprüfung stand, äußerte gestern abend seinen Freunden gegenüber Selbstmordabsichten.

Sportschau der SAZ

Die Ostertage der Arbeitersportler

Auserlesenes Programm der Zwickauer Fußballer

Schon von jeher brachte der Spielbetrieb der Zwickauer Fußballer um die Osterzeit herum Höchstleistungen sowohl quantitativ als auch qualitativ. Viele Vereine haben Gegner von bekanntem Rufe herangeholt. So wird man als Gäste sehen VfB. Riesa, Hof-West 07, Sturm-Mittelbach, Chemnitz-Schönau, Frankenberg, Eintracht-Mittweida, Weida und vor allem auch Nürnberg-Ost.

Die Eröffnung des Programms erfolgt am Karfreitag.

Reichenbach trifft sich mit **Treuen** um 15.30 Uhr auf dem Sportplatz „Schöne Aussicht". Die Gäste spielen öfters in unseren Bezirk und zeigen immer eine gefällige Spielweise. — **Vielau—Frankenberg** (15.30) verspricht ein ausgezeichneter Kampf zu werden. Frankenberg wird besonders auf eigenem Platz gefürchtet. Auch jetzt stehen die Gäste im Chemnitzer Bezirk wieder mit an führender Stelle. — **Oberhohndorf** vermittelt uns die Bekanntschaft mit **Lichtenstein,** das trotz der kurzen Entfernung verhältnismäßig wenig im Bezirk spielte. Anstoß 15.00. — In **Crimmitschau—Schmölln** begegnen sich zwei gute Bekannte, die sich schon öfters Spiele geliefert haben. Dem Platzbesitzer dürfte ein knapper Sieg gelingen. Anstoß 15.00. — **Härtensdorf** hat **Planitz II** verpflichtet und kann dadurch im ländlichen Bezirk gut werben. Für Härtensdorf müßte ein knapper Sieg zustandekommen. Anstoß 15.00 — **Ebersbrunn—Lichtentanne** (15.30) wird Ebersbrunn für sich entscheiden. Man muß aber den Kampfeseifer der Gäste mit in Rechnung stellen. — **Friedrichsgrün** erwartet **Mülsen-Niclas** zum Rückspiel. Der Ausgang ist ungewiß, aber sicher nur knapp. Beginn 15.30. — **Mosel—Gesau** (3 Bezirk). Mosel muß auch wieder mehr zeigen um den Anschluß nach oben besser zu finden Spielbeginn 15.00. — **Netzschkau III** trifft sich mit **Brockau I.**

Reinsdorf hat **VFB. Riesa** zu Gaste. Wir haben anläßlich der hier ausgetragenen Kreismeisterschaftsspiels die Spielstärke und das Bestehen des VFB. gewürdigt. — **Steinpleis** trifft sich mit **Wiesenburg** um 15.00.

Einige reiselustige Mannschaften vertreten die Spielstärke des 6. Bezirks in anderen Bezirken. Werdau weilt in Lichtenstein, Netzschkau folgt am 2. Feiertag mit allen Mannschaften nach, Wilkau in Schneeberg, Niederhaßlau weilt in Riesa und Umgebung. Cainsdorf hat sich sogar **eine Reise ins Bayernland** vorgenommen.

Der Ostersonnabend

bringt zwar nur drei, aber dafür bedeutungsvolle Treffen. **Wilkau** trifft im Rückspiel auf **Chemnitz-Schönau,** das stets mit an führender Stelle im Chemnitzer Bezirk steht und auch jetzt schon Chemnitzer Sachsen, den letzten Bezirksmeister, überflügelt hat. — **Crimmitschau—Neukirchen** treffen sich zum traditionellen Lokalkampf, dessen Ausgang ungewiß ist. Anstoß 17.30. — Den **Härtensdorfern** gelang ein Spielabschluß mit **VFB. Riesa.** Die Gäste waren mit in der Endrunde der Kreismeisterschaft. Eine ausgezeichnete Werbemöglichkeit für Härtensdorf. Auf den Anstoß 16.30 weisen wir besonders hin.

Der 1. Osterfeiertag bringt den Höhepunkt des Programms.

Nürnberg-Ost spielt in **Niederhaßlau** gegen **Oberhohndorf.** Die Gäste errangen 1930 die Bundesmeisterschaft, sind auch jetzt wieder süddeutscher Meister und gehen wiederum mit großen Aussichten in den Endkampf um die Bundesmeisterschaft Alle Spieler haben schon repräsentativ, einige (Fettdruck) international gespielt.

Nürnberg-Ost tritt an mit: Friedrich; Wagner, **Lauer; Rehm,** Weid, Miehling; Scheurer, Hacker, **Werthner, Hornauer,** Rudolf Lauer und Hornauer sind Namen, die in Bezirks-, Kreis- oder Ländermannschaften nicht fehlen. Die zentrale Lage des Niederhaßlauer Sportplatzes erleichtert den Besuch des Spieles. Selbstverständlich halten die Nachbarvereine um diese Spielzeit keine anderen Spiele ab. Der Anstoß erfolgt 15.30. Die Gäste fahren am nächsten Tage nach dem Chemnitzer Bezirk weiter. Vorher spielen die Jugendmannschaften Oberhohndorf—Cainsdorf. Die ganze Organisation ist also mit einer größeren Bezirksveranstaltung gleichzustellen.

Weiter spielen: **Planitz—Eintracht-Mittweida** (16.00). Eintracht-Mittweida ist im 5. Bezirk mit tonangebend. Sie werden bestimmt mit ihrer Spielweise auch in Planitz Anklang finden. Beginn 16.00. — **VFB. Riesa** beendet in **Zwickau-Nord** sein Tournee. Nord geht ausgeruht in den Kampf, während die Gäste schon zwei große Spiele hinter sich haben Anstoß 15.00 Uhr. — **Zwickau und Schneeberg** begegnen sich 14.30 auf dem Fichteplatz zum Rückspiel. Jede Partei wird bemüht sein, das unentschiedene 2.2-Ergebnis des ersten Spieles zu ihren Gunsten zu korrigieren. — **Marienthal—Vielau** geben sich 15.30 auf dem Sportplatz Hochwarte ein Stelldichein, das Vielau sicherlich zu seinen Gunsten entscheiden wird. — **Mülsen-Niclas** hat sich mit **Eintracht-Olsnitz** vom 3. Bezirk vereinbart. Anstoß 15.15 — Im Spiel **Mosel—Meerane** hat der Gastgeber wenig Aussicht, zu einem Siege zu kommen, aber gute Möglichkeit, seine Spielweise zu verbessern. Anstoß 14.30. — Auch

der Ostermontag

bringt als Abschluß noch einige interessante Paarungen: **Reichenbach** hat mit **Hof-West** nach 6jähriger Pause wieder ein Spiel abgeschlossen. Anstoß 15.00 auf dem Sportplatz „Schöne Aussicht" — **Planitz—Sturm-Mittelbach,** Anstoß 16.00). Die Gäste erfreuen sich in unserem Bezirk vermöge ihrer spielerischen Fähigkeiten besten Ansehens. — **Vielau—Meerane-Crotenlaide,** Anstoß 16.00. Zwickau-Süd weilte erst kürzlich in Crotenlaide und konnte nach schwerem Ringen einen knappen Sieg mit fortnehmen. — Das einzige Feiertagsspiel auf eigenem Platz bestreitet **Werdau gegen Weida,** Anstoß 15.00. Das Zusammentreffen mit den spielstarken Thüringer Gästen ist ein weiterer Prüfstein der jetzigen Spielstärke Werdaus. — Marienthal hat ebenfalls Thüringer Gäste zu Besuch. Schmölln gibt sicherlich einen Gegner ab, der seinem Gastgeber die Waage halten wrd. Anstoß 15.30. — **Zwickau-Nord** und **Oberhohndorf** trauen sich ebenfalls trotz der Anstengungen vom Vortage noch ein weiteres Treffen zu. Anstoß 14.30. — **Steinpleis** trifft sich mit **Greiz-Sachswitz,** Beginn 15.30.

Spiele der unteren Mannschaften.

Karfreitag: Oberhohndorf II—Lichtenstein II (12.00); Zwickau II—Wilkau II b (10.30 Fichte); Reichenbach II—Treuen II (14.00); Friedrichsgrün II—Mülsen-Niclas II (14.00); Oberhohndorf III—Lichtenstein III (13.30); Zwickau III—Wilkau III (9.00); Ebersbrunn III—Schönfels II (12.30); Crimmitschau III—Schmölln III (13.30; Vielau A.-M.—Wilkau A.-M. (13.45).

Jugend: Oberhohndorf—Lichtenstein (11.00); Reichenbach—Netzschkau (11.00); Crimmitschau—Schmölln (12.30); Reinsdorf—Wilkau (11.00); Friedrichsgrün—Vielau (13.00).

Knaben: Reichenbach—Netzschkau (10.00); Ebersbrunn—Schönfels (14.00); Friedrichsgrün—Vielau (11.00); Reinsdorf—Wilkau (10.00).

Ostersonnabend: Wilkau II a—Chemnitz-Schönau II (16.00); Crimmitschau Jugend—Neukirchen Jugend (16.30); Härtensdorf—Vielau Jugend (15.30).

1. Feiertag: Marienthal II—Vielau II (12.30), Planitz II—Cainsdorf II (13.00); Oberhohndorf II—Niederhaßlau II a (11.00); Zwickau II—Schneeberg II (13.00, Fichte); Oberhohndorf III—Niederhaßlau III (9.30); Netzschkau III—Reichenbach III (14.00); Mülsen-Niclas—Eintracht-Oelsnitz II (14.00).

Jugend Marienthal—Dresden-Neustadt (14.30); Planitz—Eintracht-Mittweida (15.00);

Knaben. Marienthal—Vielau (10.30); Planitz—Cainsdorf (10.00); Wilkau—Friedrichsgrün (10.00).

2. Feiertag: Planitz II—Chemnitz-Mittelbach II (14.30); Neukirchen II—Werdau II (13.30); Planitz III—Oberhohndorf II (14.00); Vielau A.M.—Meerane-Crotenlaide A.M rienthal II—Schmölln II (14.00); Zwickau-Nord—Oberhohndorf II (14.00); Vielau A.-L.—Meerane-Crotenlaide A.-M. (12.30); Steinpleis—Greiz-Sachswitz II (14.00).

Jugend · Planitz—Zwickau-Nord (11.00); Vielau—Friedrichsgrün (9.00); Marienthal—Schmölln (12.45); Oberhohndorf—Niederhaßlau (10.00); Zwickau—Dresden-Neustadt (10.30, Fichte).

Vogtländische Ostervorschau

Mit einem reichlichen Spielprogramm warten auch die vogtländischen Genossen auf. Nicht weniger als acht Vereine fahren in andere Kreise, drei sogar über die Reichsgrenze hinaus.

Die Serienspiele nehmen ihren Fortgang, allerdings ist nur der Karfreitag dazu ausersehen.

25. März:

Auerbach—Neukirchen (15.00). Der Platzbesitzer wird einen schweren Stand haben. (17) — Rodewisch—Ellefeld (15.00). Gegen den Gruppenmeister Ellefeld wird Rodewisch einen harten und zähen Kampf zu liefern haben. (16) — Rebesgrün—Rempesgrün (15.00). Rempesgrün wird dem Gastgeber wohl den Sieg nach schwerem Ringen diesmal abnehmen. (4) — Spielv. 23—Raschau (15.00). Diese beiden Gegner sind Ortsrivalen. Wem der Sieg zufallen wird, ist eine offene Frage. (15) — Lauterbach—Kürbitz (15.30). Einen Sieger im voraus zu sagen ist schwer, doch kann man Kürbitz ein kleines Plus mehr geben. (5) — Wacker—Elsterberg (15.00). Die Mannschaften standen sich das letztemal im Herbst vorigen Jahres gegenüber und trennten sich mit einem Unentschieden. Sollte sich Wackers Sturm wieder nicht zusammenfinden, wie am vergangenen Sonntag, so werden sie wohl Elsterberg die Punkte überlassen müssen (21). — Kleinfriesen—Eintracht (15.00). Zwei gleichwertige Gegner treffen sich. Eintracht hat in Spielerfahrungen etwas voraus, was Kleinfriesen durch Aufopferung wettmachen wird. (30) — Falkenstein—Treuen (15.30). Zieht man die Resultate beider etwas in Betracht, so steht nur ein Sieg für die Treuener fest. (17)

2. Klasse:

Auerbach—Neukirchen (13.00). Ob sich Auerbach hier wird behaupten können? (49) — Haselbrunn—Eiche 5. Abtl. (15.00), (2). Elsterberg—Ruppertsgrün (15.00), (23). Kleinfriesen—Eintracht (13.30), (30). Wacker—Elsterberg (13.30), (8). Lauterbach 3—Adorf (10.00), (9). Lauterbach 2—Kürbitz (14.00), (5). Spielv. 23 gegen Bösenbrunn (9.45), (50). Spielv 23 3—Raschau (13.30) (15). Brunndöbra—Treuen (15.00), (32). Rempesgrün—Schöneck (15.00), (67). Rodewisch—Ellfeld (13.00), (16).

27. März (1. Osterfeiertag):

Raschau macht eine Reise nach CSR. und spielt am 1. Feiertag in Franzensbad, dem sich ein zweites Spiel am 2. Feiterga in Haslau anreiht. — Ellefeld fährt ebenfalls in die Tschechoslowakei und trägt dort drei Spiele aus. Am Sonnabend gegen Meierhofen, gegen Eutsch am Sonntag, und am Montag gegen Lägenhausen.

Rebesgrün fährt mit 1. und 2. Elf nach Regis-Deutzen (1. Bez.) und Hagenest (5. Kreis, Thüringen). Der Altmeister Eintracht fährt mit seiner 1. Elf nach Chemnitz, um am Ostersonnabend gegen den dortigen Bezirksmeister (Bezwinger der Gornsdorfer) Sachsen 11 das fällige Rückspiel auszutragen. Die 2. Elf von Eintracht macht eine Reise ins Bayernland und stoßt auf Schönwald und Rehau.

Bei all diesen Reisen darf Wacker auch nicht fehlen. Sie folgen einer Einladung von Gera-Pforten. Nach Greiz-Aubachthal begibt sich Lauterbach. Die Fußball-Abtl. Haselbrunn fährt nach Bernsgrün, um sich mit dem in Plauen gern gesehenen Bernsgrüner Genossen zu messen.

Im übrigen spielen: Rempesgrün—Kürbitz (15.30). Rempesgrün wird es den Gästen nicht leicht machen, zum Sieg zu gelangen. (30) — Elsterberg gegen Hof West 07 (15.00). Da die Gäste über eine besondere Spielstärke verfügen, wird dieses Spiel scharf und flott vor sich gehen. (5). — Wacker gegen Kleinfriesen (15.00). Selten konnte Wacker auf eigenem Platze gegen Kleinfriesen etwas ausrichten. (16) — Spielv. 23—Ronneburg (15.00). Ronneburg gehört im Thüringer Kreis zu einer der stärksten Mannschaften. Es ist für Vogtlands Meister angebracht, sich zu Anfang nicht mit ganzem Können ins Zeug zu legen, denn der Gegner versteht den Wert eines Spieles auf die zweite Halbzeit zu legen.

2. Klasse: Spielv. 23—Konradsreuth 1 (13.30), (61). — Spielv. 23 3—Konradsreuth 2 (10.30), (23). Wacker gegen Kleinfriesen (13.30), (2). Haselbrunn—Bösenbrunn (15.00), (8). Brunndöbra—Brockau (13.30), (67). Brunndöbra 2—Brockau 2 (13.30), (67). Rempesgrün—Kürbitz (14.00), (45).

28. März (2. Osterfeiertag):

Auerbach—Leipzig-Schönefeld (15.00). Ein völlig unbekannter Gegner steht hier dem Platzbesitzer gegenüber. In ihrem Bezirk ist Leipzig eine der spielstärksten Mannschaften. (30). — Kleinfriesen gegen Rempesgrün (15.00). Kleinfriesen wird sich anstrengen müssen, seine letzthin hohe Niederlage von Rempesgrün wett zu machen. (21) — Kürbitz gegen Hirschberg (15.45). Kürbitz ist für die Gäste ein starker Gegner, der mit sich nicht spaßen läßt (8) — Elsterberg—Zeulenroda (16.00), (4).

2. Klasse: Eiche 5. Abtl.—Schleiz (15.30), Westplatz (3). Eiche 5. Abtl. 2—Schleiz 2 (14.00), (3). Auerbach gegen Leipzig-Schönefeld (13.00), (53). Wacker—Gefell 1 (14.30), (23). Kleinfriesen—Rempesgrün (13.30), (21). Elsterberg—Zeulenroda (14.30), (4). Kürbitz—Hirschberg (14.00), (8).

Handball im Vogtland

Als Auftakt unseres reichhaltigen Osterprogramms findet am Karfreitag auf dem Westplatz um 15 Uhr (nicht wie schon gemeldet Haselbrunner Platz) ein Treffen der 8. Bezirksauswahlmannschaft gegen 2. Abt. I. Bezirksmeister statt. Allen wird ein Besuch empfohlen, soll doch dieses Spiel die Spielweise unseres Bezirksmeisters fördern und festigen und gleichzeitig eine Probe sein für das am 3. April 1932 stattfindende Kreismeisterschaftsspiel in Haselbrunn zwischen 2. Abt. I und Planitz I.

Die Feiertage sind für die Mannschaften Anlaß, mit auswärtigen Mannschaften Spielabschlüsse zu tätigen, Haselbrunn ist mit der 1. und 2 Mannschaft an beiden Feiertagen in Rositz und Altenburg. die Schwimmer mit beiden Elfs sind in Bayreuth und Wunsiedel als Gäste, die Raffballer von Lauterbach mit der 1 und 2. Mannschaft werden in Greiz—Aubachtal als Gäste erwartet.

25. März 1932

Haselbrunn II—Haselbrunn III (9.00 Uhr). Ein spannender Kampf ist zu erwarten, der Ausgang ungewiß. Schiedsrichter Genosse Schaller. — **Haselbrunn Jgd.—5. Abt. Jgd. (10.00 Uhr).** Diese beiden Mannschaften lieferten sich immer scharfe Spiele, auch dieses Treffen wird die Gleichwertigkeit wieder beweisen. Schiedsrichter Genosse Golle.

4. Abt. I—3. Abt. I (10.00). Wird es bei der 4. Abt. endlich einmal zum Siege reichen?. Schiedsrichter Gen. Fischer.

28. März

2. Abt. I—1. Abt. I (10.00). Dieses ist das einzige örtliche Treffen, dem man etwas mehr Beachtung schenken muß. Die Gäste haben mit ihrer beständigen Spielweise und dem entschlossenen Torwurf das Zeug in sich, den Gegner zur Hergabe des besten Könnens zu zwingen. Der Bezirksmeister wird sich aber auch im besten Lichte zeigen.

5. Abt. I sind in Oberreichenbach Gäste, einen Sieg werden sie machen.

Raffball am 28. März

MTV. I—Tv. 1, I (15.00). MTV. wird wohl der glückliche Sieger sein. Schiedsrichter Gen. Fischmann. — **MTV. II—Tv. 1, 88 (14.00).** Auch hier wird der Gastgeber den Sieger stellen. Schiedsrichter Gen. Schlegel.

Faustball am 29. März

Tv. 1. I—Untermarxgrün I (10.00). Schiedsrichter Gen. Schingnitz Tv. 1. Ib—Jahn I (10.45). Schieder. Gen. Schingnitz.

Achtung, Berichterstatter! Am 2. Feiertag, von 18 bis 19½ Uhr, werden alle Berichte erwartet, auch über die Karfreitagsspiele. Adr.: Seestraße 24. Ruf: 4762. Rödel, Bezi-Obm. Die Geschäftszeit am 29. März wie üblich.

Handball im Bezirk Pirna

Heidenau fing die Serienspiele vielversprechend an, konnte es doch bei 5 Spielen ein Torverhältnis von 59 : 0 herausholen

Heidenau I—Lockwitz I 10 : 0 (5 : 0). H.s Sturm fand sich seit langer Zeit wieder einmal richtig zusammen. Der L.-Hüter bewahrte seine Mannschaft vor einer höheren Niederlage. L. wäre zu raten, nicht soviel mit dem Munde zu spielen.

Heidenau II—Maxen I 18 : 0. M. mußte sich abermals den spielstärkeren H.ern beugen, hatte dabei aber insofern Pech, das es H. in Hochform antraf.

Heidenau III—Niedersedlitz II 13 : 0; Heidenau IV—Niedersedlitz Schw. 13 : 0; Heidenau 1. Jgd.—Zschachwitz 1. Jgd. 5 : 0.

Fußball

Goltzscha-Riesa I—Heidenau I 2 : 2 (0 : 2). Das Rückspiel beider Gegner endete mit einem gerechten Unentschieden. H war in der ersten Halbzeit überlegen und konnte 2 Tore erzielen, was G. in der zweiten Hälfte durch größeren Eifer wettmachte. Das Spiel hinterließ einen guten Eindruck und war in jeder Beziehung werbend

Mühlbach-Häselich I—Heidenau 3 : 5. Das Werbespiel in Häselich gewann die H. I verdient.

Pirna I—Heidenau III 1 : 5; Lohmen II—Heidenau IV, L. nicht angetreten; Gohrisch II—Heidenau V 2 : 6.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Duckstein, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m.b.H. Druck Georg Koenig sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung" erscheint täglich außer Montags.
Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16 Tel.: Kupfergraben E 2 2904.
Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2905.
Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition RM 2,40 einschließlich Bestellgeld Durch die Post bezogen: RM 2,10 und RM. —,36 Zustellgebühr Durch den Verlag bezogen. RM 2,10 und RM —,36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband. RM 2,10 monatlich zuzüglich RM 1,30 Porto
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.

Staats-Theater
Oper U. d. Linden
Donnerstag 24. März 19½ gegen 23 Uhr
Parsifal

Kroll-Theater
a. Platz d. Republik
Donnerstag, 24. März 20 — 22.30 Uhr
Goethe-Festspiele
„Prometheus"
„Pandora"

Schauspielhaus
a. Gendarmenmarkt
Donnerstag, 24. März 20 — nach 22 Uhr:
Goethe-Woche
Die natürliche Tochter

CIRCUS BUSCH
Tel.: Weidendamm 3840
Tägl.: 4½ u. 8½ Uhr
Sonntags 2½, 5 u. 8½ Uhr

Schillertheater
Charlottenburg, Bismarckstra
Donnerstag, 24 März 20 nach 22.45 Uhr.
Ostern

Volksbühne
Theater a. Bülowpl.
O 1 Norden 2941
Donnerstag 24. März
8.15 Uhr
Androklus u. d. Löwe
Freitag, 25. März 8 Uhr:
Goethe-Feier

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Donnerstag, 24. März 8.15 Uhr:
Jettchen Gebert
Freitag, 25. März
Geschlossen

KINO FÜR JEDERMANN
Potsdamer Str. 4, im Vorhaus / am Potsdamer Platz B 1 Kurf. 2334.
Ab Dienstag, den 22. März 1932
Mein Herz sehnt sich nach Liebe
Das große Singspiel mit
Max Adalbert, Johannes Riemann, Marianne Winkelstern, Ernst Verebes Paul Hörbiger
Fox tönende Wochenschau
Tägl. ab 9 Uhr vorm.
Sonntag. ab 3 U. nachm. bis 1 U. nachts.
Einzig. Tag- u. Nachtkino Berlins

Lichtspiele am Stettiner Bahnhof
Invalidenstraße 127
Tonfilm-Tageskino
Stürme der Leidenschaft
mit Emil Jannings, Anna Sten
dazu:
Das erstklassige Beiprogramm

Kauft Gutscheine

Kampfsignal heute neu!

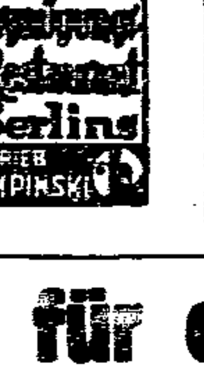
Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
Der Hochtourist
dazu
Der Held von Kalifornien
Neueste Fox tönende Wochenschau

Theater des Weddings
Müller-, Ecke Seestraße
Emil und die Detektive
dazu:
Kameradschaft
Jugendliche haben Zutritt
Das gute Beiprogramm

PRATER Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße Autobus 9
Das Riesenerfolges verlängert bis 24. März.
Erstaufführung, René Clair's Meisterwerk:
„Es lebe die Freiheit"
Der beste Film, der seit Monaten in Berlin gezeigt wurde. Dazu als zweiten erstklassigen Tonfilmschlager:
„Geld auf der Straße"
Der große Heiterkeitserfolg, mit Georg Alexander und Hans Moser
Einlaß ½5 Uhr. Eintrittspr. ab 0.50 RM

M · I · L · A
Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 130
2 Großtonfilme
Georg Alexander, Lien Deyers, Trude Berliner in der entzückendsten Tonfilm-Operette der Saison:
Durchlaucht amüsiert sich
dazu: Pat und Patachon in ihrem einzigsten deutschen Sprech- und Tonfilm
Tausend Worte Deutsch
Tönende Wochenschau
Wochentags 5.15 Sonntags 3.15
Kasseneröffnung ½ Stunde vor Beginn

Elysium - Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
Harry Piel in
„Der Geheimagent"
dazu: Ralph Arthur Roberts in
Zu Befehl, Herr Unteroffizier
Emelka-Tonwoche
Beginn 6 Uhr.



Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142
2 Tonfilme
Harry Piel in
Der Geheimagent
(Ein Mann fällt vom Himmel)
mit Maria Solveg, dazu:
Charlotte Ander in
Chauffeur Antoinette
Lustspiel mit
v. Schlettow, Falkenstein
und die neueste tönende Fox-Wochenschau

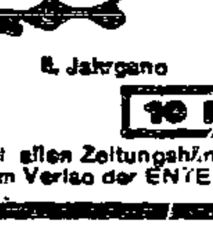
Inserieren bringt Gewinn!

Genossen Beachtet unsere Inserate!

Lest den Klassenkampf

Notzeit — Notpreise!
Kein Laden
Lindower Straße 18/19.
Seitenflügel, nirgends so billig.
Militärschuhe 2,75; Stiefel 3,75; neue Schlafdecken 0,95, 1,65; Monteurjacken und Hosen 1,20; Militärunterhosen und Hemden 0,75; Laufschuhe 0,90 Mark; neue Arbeitshosen, englisch Leder 3,80; neue Schnürschuhe, Militärart, Vollleder (kein Spaltleder) 4,90; neue Militärtuchschuhe, Ledersohle, 1,30 Mark; Militär-Drelljacken 1,10; Hosen 1,10; Ia Windjacken 4,85; neue Ia Volleder-Schaftstiefel 11,75; neue Strickwesten 1,60; neue Ia Reinwollsocken 0,75; reinwollene Pullover 2,90; güterkaltene schwere Winterjoppen 5,00 Alles zum Aussuchen! Militärröcke für Arbeitszwecke 2,80 M.; neue Hosen, gebrauchte Hosen 3 M.; neue feldgraue Tuchhosen 3,75; Ia Manchesterhosen 5,75; Ia Köperbarchent-Arbeitshemden 1,95; Militär-Strickjacken, gebr., 1,20; Militär-Fausthandschuhe, wasserdicht, warmgefüttert, 1,00; Rucksäcke, neue Lederjacken; Schlosserhemden; Packerblusen, Arbeitskittel, Breecheshosen 4,90. Besichtigen Sie mein Lager ohne Kaufzwang. Versand nach außerhalb gegen Nachnahme Umtausch gestattet. Einzelverkauf Siegmund Schwarz, Bekleidungsversand 3 Berlin N 65, gegenüber Bahnhof Wedding, Lindower Straße 18/19.

Die Ente
Erscheint jeden Donnerstag!



Aus dem Inhalt der neuen Nummer:
Liebe und Politik / Couleurstudent Lehnert / Nazi-sehen Dich an / Knickerbocker und Goebbels / Arzt und Massagesalon.
8. Jahrgang
10 Pfennig
Bei allen Zeitungshändlern Probenummern gratis vom Verlag der ENTE Berlin W 30, Haberlandstr. 7

Genosse! Wir werben alle für die SAZ
Hast Du schon einen neuen Abonnenten?

Keine Lösung im deutsch-englischen Kohlenkonflikt

Berlin, 22. März 1932

Die deutsche Antwort in der Frage der Kohleneinfuhrbeschränkung ist am Montag nach London übersandt worden. In der Note wird darauf hingewiesen, daß Deutschland aus der Notwendigkeit seiner wirtschaftlichen Lage heraus zur Beschränkung seiner Einfuhr schreiten müsse, insbesondere im Hinblick auf die außerordentlich schwierige Lage des Ruhrbergbaues. In der deutschen Antwort wird ferner auf das zweimalige deutsche Angebot an England hingewiesen, über das gesamte Gebiet der deutsch-englischen Handelsbeziehungen in Verhandlungen einzutreten.

Auf das erste deutsche Angebot ist bekanntlich englischerseits erwidert worden, daß England zu Verhandlungen bereit sei, daß aber eine Aenderung des englischen Standpunktes kaum zu erwarten sein dürfte. Die englische Antwort auf die zweite deutsche Anregung steht noch aus. In Berliner politischen Kreisen wird der Hoffnung auf eine positive englische Antwort Ausdruck gegeben. Im Rahmen derartiger Verhandlungen könnte dann auch die Kohlenfrage besprochen werden.

*

Die Verschiebung der Frage auf das Gebiet des diplomatischen Notenwechsels bringt den Konflikt seiner Lösung um keinen Schritt näher. Der Bruch des Handelsvertrags durch Deutschland ist nicht zu leugnen; es wird sich allein darum handeln, eine Verständigung mit England herbeizuführen, ehe es zum offenen Konflikt mit unabsehbaren Folgen für die Wirtschaft beider Länder kommt.

Irisch-englische Krise

Im irischen Senat erklärte de Valera am Dienstag, daß der Treueid abgeschafft und die Zahlungen an England zurückbehalten werden sollten. Die irische Regierung wünsche jedoch, auch weiterhin in guten Beziehungen mit den anderen Staaten und insbesondere mit England zu leben.

Die offizielle Mitteilung durch den irischen Oberkommissar in London hat jedoch den Minister für die Dominions, den ehemaligen Arbeiterparteiler Thomas, veranlaßt, im Unterhaus die Lage als ernst zu bezeichnen. Die offizielle Antwort ist noch nicht erfolgt. Die englische Presse spricht zwar von „Herausforderung" und „Ultimatum", doch rechnet man im allgemeinen mit der Einsetzung eines Schiedsgerichts. Die wirtschaftliche Ueberlegenheit Englands dürfte sich wohl sehr schnell bemerkbar machen.

„Ostereier-Frieden" in Nordirland

London, 23. März 1932

Der Innenminister von Nordirland kündigte am Dienstag im Parlament von Ulster an, daß er eine Proklamation unterzeichnet habe, durch die den irischen Republikanern alle Kundgebungen in Nordirland während der Osterfeiertage verboten werden. Er wies darauf hin, daß etwaige Kundgebungen in Irland schwerwiegende Folgen nach sich ziehen könnten.

Nazis in England

Diplomatische Vorbereitung fürs „Dritte Reich"

London, 23. März 1932.

Der „Daily Herald" hat, wie er in großer Ueberschrift seinen Lesern ankündigt, einen „nationalsozialistischen Plan" entdeckt, der darauf hinauslaufe,

die Oeffentlichkeit und die Regierungsstellen Englands im Sinne einer günstigen Aufnahme einer kommenden Hitler-Regierung zu beeinflussen.

Die Einzelheiten des Planes sind aus Aeußerungen von in England lebenden Nationalsozialisten zusammengestellt. In dem Besuch des Reichstagsabgeordneten Nieland sieht der „Daily Herald" eine große Aktion, derzufolge der Londoner Mitarbeiter des „Völkischen Beobachter" zum Leiter der nationalsozialistischen Bewegung in Südengland und ferner ein Herr Bening zum Leiter der Organisation im Norden ernannt wurden. Bening habe dem „Daily Herald" gegenüber erklärt,

daß die nationalsozialistische Bewegung zur Zeit in England im stillen und schrittweise arbeiten müsse.

Durch Beitritt in Klubs, durch Besuch von gesellschaftlichen Veranstaltungen usw. könne die Gelegenheit geschaffen werden, Freunde zu gewinnen, bis der Zeitpunkt komme, wo die Nationalsozialisten an die Oeffentlichkeit treten könnten. Man hoffe, daß die Bewegung allmählich Einfluß gewinnen werde, um auf diese Weise unter den Abgeordneten und den Mitgliedern des Kabinetts Unterstützung für die auswärtige Politik Hitlers zu erhalten. Das gleiche geschehe in den übrigen europäischen Staaten und in Amerika, so daß — wenn die Zeit zur Uebernahme der Macht durch Hitler komme — er auch von Freunden umgeben sei, die dem neuen Deutschland günstig gesinnt seien.

Die Bewegung habe bereits, so sagt „Daily Herald", eine Spaltung der englisch-deutschen Vereinigung an der Oxforder Universität hervorgerufen. Es sei eine besondere Vereinigung gegründet worden, die die Forderungen der nationalsozialistischen Interessen zum Ziele habe.

Die Sozialisten im Parlament

In dem Streit über den Wert oder Unwert des Parlaments und des Parlamentarismus dürften die folgenden Ausführungen Paul Faures klärend wirken. (Red. d. „SAZ.")

Wenn man etwas näher hinschaut, so merkt man ohne Zweifel, daß alle großen kapitalistischen Staaten, die britische Monarchie, Reich und Republik Deutschland, amerikanische Plutokratie und französische „Demokratie" auf dem gesetzgebenden Gebiet sich wie Brüder gleichen. Marx würde davon nicht im geringsten überrascht sein. Und nach eigener Ueberlegung und Erfahrung müssen wir es wohl halten wie er. Das ist klug und weise.

Das bedeutet aber keineswegs, daß die Sozialisten im Parlament nichts zu tun hätten.

Wenn es morgen für alle politischen Parteien erlaubt wäre, sich von der Kanzel von Notre Dame oder im Rundfunk hören zu lassen, so würde ich mich schwer hüten, zur Abstinenz zu raten.

Die Tribüne der Kammer ist uns gleichzeitig mit den Spalten der offiziellen Parlamentsberichte dargeboten, wir wollen das ausnutzen. (Das „Journal Officiel", das die Parlamentsreden im Wortlaut enthält, wird in Frankreich in weiten Kreisen gelesen. Red.)

Aber machen wir uns nicht zuviel Illusionen, und erwecken wir sie nicht bei den anderen über die wunderbaren Pogramme, die aus unserer Aktion und unserer Abstimmung hervorgehen werden.

Der Kapitalismus ist an der Macht. Er ist es selbst unter den Regierungen der Linken und wacht über seine Interessen mit nimmermüder Wachsamkeit.

Unsere Rolle besteht darin, immer die Unzulänglichkeit oder die Schädlichkeit der Reformen zu unterstreichen, denen er zustimmt. Es ist nicht sehr schwierig, das nachzuweisen.

Unsere Anträge oder Gegenanträge müssen immer unser Zeichen tragen, dergestalt, daß wir niemals mit den anderen verwechselt werden.

Alles oder nichts also?

Lassen Sie mich doch in Ruh' mit Ihren lächerlichen Formeln! Wann hätten wir denn je eine Reform nur deshalb verhindert, weil wir eine vollständigere und ernsthaftere vorgeschlagen hatten? Sie wissen sehr wohl, daß unsere Stimmen niemals dem „kleineren Uebel" gefehlt haben. Aber wir wollen, daß dieses „kleinere Uebel" lediglich ein Rückzugsgraben sei, den wir nur besetzen nach einer Schlacht für etwas besseres.

Wahlreklame also?

Wenn Sie so wollen; und wenn Sie darunter die Nutzbarmachung der Parlamentstribüne nach außen verstehen, für die Erziehung der Arbeiterklasse, für die Sammlung der Arbeiter um unsere Partei, um die großen Volksströmungen zu erregen . . .

Die eines schönen Tags . . .

Ja, die eines schönen Tags so unwiderstehlich sein werden, daß sie mit Hilfe der ökonomischen Verhältnisse die Stellung des Kapitalismus unhaltbar machen werden.

Das wird die Revolution sein!

Es wird die Erringung der Macht durch die Sozialisten sein, um den Sozialismus zu verwirklichen. Am Anfang hat es ein paar Dutzend Menschen gegeben, die daran glaubten. Dann hunderttausende. Heute gibt es Millionen.

Seien Sie also nicht erstaunt über das Vertrauen, das uns erfüllt, und den Glauben, der uns trägt.

Arbeitswiederaufnahme im Dombrowaer Kohlenrevier. Im Dombrowaer Kohlenrevier haben sich am 22. März die Belegschaften vollzählig wieder zur Arbeit gemeldet.

Um 100 Prozent steigern!

Im Monat März muß die Abonnentenzahl der „SAZ" um 100 Prozent gesteigert werden! Jede Ortsgruppe, die dieses Ziel erreicht, erhält die Zeitung für 2 Mark im Monat!

Spaniens KP

TU. Moskau, 22. März 1932.

Nach einer amtlichen Mitteilung beträgt die Zahl der Mitglieder der kommunistischen Partei Spaniens 9615 Mitglieder. Die kommunistische Partei Spaniens ist damit die schwächste Sektion der kommunistischen Internationale. Sie hat sich verpflichtet, bis Anfang 1933 die Zahl ihrer Mitglieder zu verzehnfachen! (Mit dieser Feststellung bekommt die bürgerliche Greuelpropaganda gegen die spanischen Kommunisten erst ihr richtiges Gesicht. Freilich auch das Geschwätz der kommunistischen Presse über die Bedeutung der kommunistischen Aktionen in Spanien. D. Red.)

Lloyd George macht Eigenreklame

Die deutsche bürgerliche Presse ist voll von einem Buch Lloyd Georges über die Reparationsfrage. Lloyd George wendet sich scharf gegen die „Wahnvorstellungen" französischer Politiker, fordert die Streichung der Reparationen, allerdings auch die Streichung der europäischen Schulden an Amerika. Damit bleibt das Problem da, wo es immer gestanden hat. Die englische Presse, die ihren Lloyd George besser kennt, macht ihn allerdings darauf aufmerksam (was er ganz zu vergessen beliebte), daß er selbst von diesen „Wahnvorstellungen" heftigst befallen war. Auch uns sind die Khakiwahlen noch gut in Erinnerung.

Betriebsräte gegen Lohnsenkung

Königshütte, 22. März 1932

Die Arbeitsgemeinschaft der Betriebsräte der Eisenhütten hielt heute eine große Versammlung ab, auf dem die Stellung der Betriebsräte zu der geplanten Beseitigung der bestehenden Tarife durch die Arbeitgeber eingehend erörtert wurde. Der Arbeitgeberverband der Schwerindustrie hatte zum 31. März den Tarifvertrag gekündigt und eine Herabsetzung der Löhne um 25 Prozent beantragt. Der Kongreß sprach sich einstimmig gegen Senkung aus und faßte einen dementsprechenden Beschluß.

BÜHNE VON LINKS GESEHEN

Berliner Theater: „Die Kamarilla"

Zwei Autoren, Bettauer und Lichey, haben den Kampf des großen Publizisten Maximilian Harden gegen den letzten Kaiser in einem seiner Teilabschnitte, der unter dem Kennwort „Eulenburg-Skandal" bekanntgeworden ist, auf die Bühne gebracht. Das Schauspiel geht an den wesentlichen Dingen vorbei, stellt den homosexuellen Charakter der Clique um den Kaiser in den Vordergrund — gerade hiergegen hat sich Harden, der nur einen politischen Kampf im besten Wortsinn führte, stets mit Nachdruck gewehrt; er hat erst, als seine Gegner von sich aus den Kampf in diese Sphäre verlegten, wo sie sich durch Eulenburgs Eid unangreifbar fühlten, den Gegenangriff notgedrungen begonnen, der dann zur Vernichtung der gegen ihn stehenden Gruppe der Kaiserfreunde führte! — und Harden werden Meinungen unterschoben, die er nie gehegt hat. Wenn ihn die Dichter am Schluß sagen lassen: „Ich fürchte, ich bin ein großer Narr gewesen", weil er nämlich angeblich zur Erkenntnis gelangt, daß er die Schöngeister- und Spiritistenkamarilla um Wilhelm zwar habe tödlich treffen, damit aber nur das Heraufkommen einer anderen Kamarilla — der der Generale — habe bewirken können, so irren hier Bettauer und Lichey fundamental und verfälschen die Historie. Hardens Motiv lag viel tiefer, sein Streben zielte viel weiter. Nicht die Kamarilla, der gewiß sein Stoß auch galt, sollte getroffen und unschädlich gemacht werden, sondern der Kaiser, in dem er den Hebel alles Bösen für Land und Volk als einziger in Deutschland begriff.

Dieser Kampf Hardens gegen den unheilvollen Imperator hat die auf Beseitigung der feudalen Staatsform gerichteten Bestrebungen der revolutionären Arbeiterschaft gefördert. Der Historiker der deutschen Republik — der einzige bislang —, Professor Arthur Rosenberg, nennt darum mit gewissem Recht Maximilian Harden den Vater der Republik. Daß diese deutsche Republik das Aussehen von 1932 hat, ist wiederum nicht Hardens Schuld. Er hat sich redlich gemüht —: das Handeln der Ebert, Scheidemann, Landsberg, Heine hat ihm jedes amtliche Wirken unmöglich gemacht und er hat schließlich diese Republik, deren Brüchigkeit er vor allen andern im bürgerlich-demokratischen Lager erkannt hat, mit eben der Schärfe bekämpfen müssen, wie vordem das Kaisertum. Heute ist der Bestand der Republik schwer bedroht; die Demokratie tot. Schon spricht man von der Gefahr monarchischer Restauration. Sie ist näher als jemals. Eben erst hat Hugenberg den ältesten Sohn des Exkaisers als Präsidentschaftskandidaten vorgeschlagen, und wir wissen noch nicht, ob nicht ein anderes Mitglied der gestürzten Dynastie in absehbarer Zeit dem Volke wiederum als „Retter" präsentiert werden wird.

Die Arbeiterschaft schuldet dem toten Publizisten viel. Er, der von Bismarck ausgegangen war, hat später für Demokratie, für die Rechte der Arbeiterschaft gestritten. Er wandte seine Sympathien dem neuen Sowjetstaat zu und hat die Wiedervereinigung der USP mit der alten Sozialdemokratischen Partei betrauert. „Die letzte Flagge wach- und wirksamer Opposition sank von der Stange" schrieb er. Es hat keinen schärferen Gegner Eberts und seiner Leute gegeben.

*

Das Schauspiel der Bettauer und Lichey wird Harden, leider, nicht gerecht. Gerade, daß ihm noch zugebilligt wird, er habe nicht im Solde Holsteins gegen Eulenburg gekämpft, Holsteins, der grauen Eminenz des Auswärtigen Amtes, des Mannes, dessen Hyänenaugen Bismarck das beste Frühstück verderben konnten, des Geheimrats, der Wilhelm nur ein einziges Mal gesehen hat, der alle Einladungen zu Hof ablehnte, weil er „keinen Frack" besaß und der mit den Chefs aller deutschen Missionen in persönlichem Briefverkehr stand, so eine Macht- und Wissensfülle in seiner Person vereinend, der kein Kanzler gewachsen war.

Die Autoren stellen Holstein an die Seite der kriegshetzenden Generale, des Generalstabschefs Schlieffen, des ewigen Plessen (Kommandant des Kaiserlichen Hauptquartiers), der in die Geschichte eingehen wird mit seinem geflügelten Wort „Majestät braucht Sonne" gegen die Friedenspartei, die wesentlich gebildet wird durch den Fürsten Philipp zu Eulenburg und seinen okkulten, auf Männerliebe gerichteten Kreis. Der Reichskanzler Graf Bülow neigt zur Eulenburgpartei. So stehen sich auf der Bühne beide Gruppen in der Marokko-Krise des Jahres 1905 gegenüber. Die Generale wollen den Präventivkrieg gegen Frankreich, dessen Verbündeter Rußland noch durch die Schläge des japanischen Krieges geschwächt ist. Und hier wollen die Autoren gewissermaßen Harden als Exponenten der Kriegspartei darstellen, in deren, vornehmlich in Holsteins, Interesse der friedliebende Eulenburgkreis ausgeschaltet, erledigt werden soll. Sie machen sich die Beweisführung zu leicht. So war es nicht, Harden war kein Werkzeug. Er trieb seine Politik, die auf die Ersetzung des absoluten Kaisertums durch die demokratische Republik gerichtet war. Und in ihrem Interesse wollte er den Kaiser kompromittieren. Das ist ihm gelungen. Und darum stehen die letzten beiden Bilder des Schauspiels, die den „schwerkranken", des Meineids vom Staatsanwalt angeklagten Eulenburg in der Charité über den Sieg der Generale meditieren lassen und, im letzten, einen wirksamen Bühnenprospekt vom Bord der Kaiseryacht „Hohenzollern" geben, mit Scheinwerferblitzen auf die schweinigelnde und knabenhaft rülpelnde Männergesellschaft des Kaisers und der Erkenntnis eines Reisebegleiters: Es ist nichts besser geworden durch Eulenburgs Sturz, sondern nur schlechter . . . in keinem ernsten und echten Sinn zur Anlage des Stückes. Die letzte Szene hätte in Spaa spielen müssen, in der Villa Fraineuse oder im Hofzug auf der holländischen Grenzstation Eysden, oder gar am 28. November im Schlosse Amerongen, als Wilhelm in panischer Angst vor dem Boten der Republik, seinem früheren Kammerherrn Ernst Graf Brockdorff-Rantzau, die große Freitreppe heraufliehend, der gekommen war, ihm die Unterschrift unter das formelle Abdankungsdokument abzufordern, schließlich ernsthaft spricht und sagt: „Harden war immer mein Feind; aber jetzt rate ich, ihm die Friedensverhandlungen zu übertragen. Er ist der einzige, der hier etwas retten kann . . ."

*

Die Leistung der Schauspieler verdient angemerkt zu werden. Erwin Kalser, von der Piscatorbühne her wohlbekannt, gibt Hardens Rolle, manchmal messerscharf, manchmal auch um Messers Weite bloß an der historischen Figur vorbei. Der Darsteller des Fürsten Eulenburg war Herr Schnell. Gut war Peter Ihle in der Rolle des Justizrats Bernstein, Hardens bajuvarisch-derbem Verteidiger, wie denn die Gerichtsszenen, trotz mancher äußerer Unwahrscheinlichkeiten doch am wirkungsvollsten herauskamen. Ausgezeichnet getroffen in all seiner Koketterie und Labilität der Reichskanzler Graf von Bülow; eindrucksvoll auch die Schauspielerin Genia Radow als geschiedene Frau des Stadtkommandanten von Berlin, Graf Kuno Moltke, des intimen Eulenburgfreundes, den sie „Tütü" nannten.

Berthold Jacob

Faschisierung der Arbeitsgerichte

I.

Dem Schriftsetzer Sch. beim „Münsterischen Anzeiger" wurde zum 8. Mai 1931 gekündigt. Dem Arbeiterrat gab die Firma an, daß dem Sch. gekündigt sei wegen aktiver Betätigung in der kommunistischen Partei sowie in der Gottlosenpropaganda. Sch. war der Ansicht, daß die Kündigung wegen Verstoßes gegen Art. 118 der Reichsverfassung (Freie Meinungsäußerung) unwirksam sei. Das Arbeitsgericht gab dem Kläger Sch. recht, das Landesarbeitsgericht Münster i. Westfalen hat ihn mit der Klage abgewiesen.

Der Arbeiter Sch. — und mit ihm sehr viele andere — wird jetzt meinen, daß auch das Landesarbeitsgericht mit seinem Urteil gegen Art. 118 RV. verstoßen hat. Aber man sollte, wenn man schon kein Vertrauen zu unserem Richterstand hat, wenigstens bedenken, daß Richter mit einem Urteil gar nicht gegen das Gesetz verstoßen können, weil sie selbst das Gesetz geben. Diese Entschuldigung der Richter wird manchem zu gesucht und der Wirklichkeit widersprechend erscheinen: Bei uns liegen doch bekanntlich die Funktionen der Gesetzgebung und der Rechtsprechung nicht bei denselben Personen, die Parlamente oder die Regierungen geben die Gesetze, denen die Richter unterworfen sind und nach denen sie Recht sprechen. So bestimmt es die Verfassung, auf die alle Richter vereidigt sind, und wie kann man da behaupten, daß die Gesetze den Richtern unterworfen sind! Wenn es aber richtig ist, daß die Gesetze von den Richtern interpretiert werden können und müssen und die Interpretationsregeln nicht eindeutig vorgeschrieben sind, dann ergibt sich folgerichtig die entscheidende Abhängigkeit der Gesetze vom Richter. Sind die von den sogenannten gesetzgebenden Faktoren beschlossenen Gesetze Formen der richterlichen Entscheidung, so sind es keine festen Formen, sondern bewegliche, deren Form im Einzelfall vom entscheidenden Richter bestimmt wird. Es ist für eine marxistische Justizkritik wichtig, sich der gesetzgebenden Funktion des Richters bewußt zu werden, weil sich in ihr die Klassengebundenheit des Richters durchsetzt gegen alle Gesetze, welche die Ueberparteilichkeit im Sinne der „gesetzgebenden Faktoren"" erzwingen sollen. Art. 102 RV. lautet: „Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen." Unser Grundsatz für die Justizkritik heißt: „Das Gesetz ist dem Richter unterworfen, und die Richter sind von ihrer Klasse abhängig", es interessiert uns also nicht, ob und aus welchen juristischen Gründen das Landesarbeitsgericht Münster gegen Art. 118 RV. verstoßen hat, sondern

wie sich das kapitalistische Interesse durch das Bewußtsein des Gerichts hindurch verwirklicht hat und welche sozialen Auffassungen der Rechtsprechung in der Urteilsbegründung zu erkennen sind.

Der Arbeiter Sch. hat sich für seine Klage auf Art. 118 RV. berufen:

„Jeder Deutsche hat das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. An diesem Rechte darf ihn kein Arbeits- oder Anstellungsverhältnis hindern, und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Rechte Gebrauch macht."

Aber Sch. hat leider die Schranken der freien Meinungsäußerung nicht gesehen; hätte er einen Kommentar zur Reichsverfassung nachgeschlagen, bevor er in der Kommunistischen Partei arbeitete, so würde er gemerkt haben, daß die sogenannte Rechtswissenschaft sich noch nicht darin einig ist, wo die Schranken hinzustellen seien. Er wäre dann zum Landesarbeitsgericht Münster gegangen, hätte es gefragt, wohin es die Schranken zu stellen pflege, und hätte erfahren, daß es in seinem Falle nicht mit der herrschenden Anschauung der Juristen gehe:

„Während die wohl als herrschend zu bezeichnende Ansicht unter „allgemeinen" Gesetzen einfach alle Gesetze, auch Landesgesetze versteht und somit zu dem Ergebnis gelangt, daß Art. 118 keine Schranke für die Gesetzgebung, sondern nur für die Verwaltung bilde..., bestimmt Anschütz .... den Ausdruck, „allgemeine Gesetze" aus dem Gegensatz zu Sondergesetzen, d. h. solchen, die sich gegen eine bestimmte Meinung, eine grundsätzliche Stellungnahme irgendwelcher Art richten... Beispiele solcher Sondergesetze würden sein: Gesetze gegen die Verbreitung kommunistischer oder faszistischer (beachte die Unparteilichkeit des Gerichts!) oder atheistischer oder bibelwidriger Lehrmeinungen ... verdient doch die von Anschütz vertretene Auffassung .. den Vorzug vor der herrschenden Ansicht.... Man wird den Ausführungen von Anschütz nur insoweit folgen können, als er die hiernach in Frage kommenden allgemeinen Gesetze, durch die die freie Meinungsäußerung eingeschränkt werden soll, teilt in a) alle Strafgesetze, soweit sie eben nicht bestimmte Meinungen als solche treffen wollen,... b) die allgemeinen Polizeigesetze einschließlich der Grundsätze des Landesrechts über die Aufgaben und Schranken der Polizeigewalt, c) die im Preßgesetz und der Gewerbeordnung enthaltenen Bestimmungen,... d) die zur Regelung der besonderen Unterwerfungsverhältnisse gewisser Personenkreise — Beamte. Soldaten, Studierende der Hochschulen, Schüler anderer öffentlicher Lehranstalten — erlassenen Gesetze und Verordnungen, insbesondere also die Disziplinargesetze und -verordnungen für Beamte und Militärpersonen, die akademischen Disziplinarvorschriften, Schulordnungen und dergl."

Sch. wäre nach dieser Auskunft beruhigt zur Arbeit für die Kommunistische Partei gegangen in der Meinung, daß er mit diesen allgemeinen Gesetzen ja doch nicht gemeint sein könne, da er weder Beamter, Soldat, Studierender einer Hochschule oder gar Schüler anderer öffentlicher Lehranstalten sei, sondern nur der Arbeiter Sch. beim „Münsterischen Anzeiger". Aber er hätte wenigstens noch fragen sollen, ob ihn nicht das Landesarbeitsgericht Münster etwa auf dem Wege der Interpretation zum Beamten oder beamtenähnlichen Wesen befördert habe.

„Den Unterwerfungsverhältnissen der Beamten, Soldaten, Schüler usw. ist noch hinzuzufügen das Arbeitsverhältnis, wenn auch nicht als Unterwerfungs-, so doch als Einordnungsverhältnis.... Ist aber bei Beamten das Recht der freien Meinungsäußerung durch den Beamtendienstvertrag zulässigerweise eingeschränkt, so ist nicht einzusehen, weshalb nicht der Dienstvertrag des nichtbeamteten Arbeitnehmers die gleiche Wirkung haben sollte. Denn diese Wirkung ergibt sich für den Beamten ... aus dem Unterwerfungsverhältnis zu seinem Arbeitgeber, dem Staat oder sonstigen öffentlichen Verwaltungskörpern. Dieses Unterwerfungsverhältnis ist aber von dem Einordnungsverhältnis des privaten Arbeitnehmers nicht generell, sondern graduell verschieden insofern, als die Einordnung des Beamten eine noch festere, noch straffere als die des Arbeiters und Angestellten ist. Daß aber die Einordnungspflicht des Arbeiters und Angestellten besteht, kann füglich nicht bestritten werden. Abgesehen von der allgemeinen Erwägung, daß wirtschaftliche Ziele durch Zusammenfassung von Arbeitskräften nur erreicht werden können, wenn eine geordnete Zusammenarbeit stattfindet, bei der naturgemäß der einzelne Mitarbeiter seinen Willen und seine Freiheit dem Gesamtwillen insoweit unterordnen muß, als das zur Erreichung des gesetzten Zieles notwendig ist, kommt der Gedanke der Einordnung als Folge der Betriebsverbundenheit in der arbeitsrechtlichen Gesetzgebung so oft zum Ausdruck, daß seine Geltung als absolut feststehend angesehen werden muß.... Die Betriebsverbundenheit setzt notwendig einen gewissen Verzicht auf völlig ungehemmte Betätigung des eigenen Willens voraus und eine Unterordnung unter den Willen der Gemeinschaft derer, die zur Erreichung des Betriebzieles mitwirken, des Arbeitgebers und der Arbeitnehmer."

Jetzt sage noch ein Justizkritiker, daß unsere Richter nichts taugten. Die Unternehmer werden jedenfalls nicht unzufrieden sein mit dem Landesarbeitsgericht Münster, da ihm die Vertuschung der Gegensätze zwischen Arbeitern und Kapitalisten schon ganz gut von der Hand geht. Welcher Arbeiter könnte sich der allgemeinen Erwägung verschließen, daß „wirtschaftliche Ziele durch Zusammenfassung von Arbeitskräften nur erreicht werden können, wenn eine geordnete Zusammenarbeit stattfindet, bei der naturgemäß der einzelne Mitarbeiter seinen Willen und seine Freiheit dem Gesamtwillen insoweit unterordnen muß, als das zur Erreichung des gesetzten Zieles notwendig ist"? Gerade auf den Sozialdemokraten wird die Haltung des Gerichts erfreulich wirken; ist sie doch ein Beweis dafür, daß kollektivistische Auffassungen sich sogar schon bei Staatsbehörden breitmachen, und eine Gewähr dafür, daß wir todsicher in den Sozialismus hineinwachsen! Nur einen kleinen Fehler sollte das Gericht für die Zukunft vermeiden! Es spricht am Schluß des Zitats von dem „Willen der Gemeinschaft derer, die zur Erreichung des Betriebszieles mitwirken, des Arbeitgebers und der Arbeitnehmer"; diese Gemeinschaft sollte lieber unerwähnt bleiben, weil nämlich der Arbeiter wieder auf den alten Gedanken kommen könnte, daß eine Gemeinschaft zwischen dem kapitalistischen Unternehmer und dem Lohnarbeiter eine societas leonina ist, bei der der Lohnarbeiter sehr schlecht abschneidet, daß hinter der Gleichsetzung von „Betriebsziel" und „wirtschaftlichem Ziel" die alte „Harmonie der Interessen von Kapital und Arbeit" steckt, daß das „Einordnungsverhältnis des nichtbeamteten Arbeitnehmers" die Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die Herrschaft des Kapitals und den Verzicht auf den Klassenkampf bedeutet. Die Rechtsprechung, die fast mit der Sicherheit eines Traumwandlers die Herrschaft der „Eisernen Ferse", die Diktatur der Plutokratie vorbereitet, ist aber, abgesehen von solchen faux pas, auf dem richtigen Wege, wie die weitere Begründung des Landesarbeitsgerichts zeigt:

„Die Betriebsverbundenheit wirkt sich nicht nur aus auf das Verhalten des Arbeitnehmers während der Arbeit, sondern auch auf seine Einstellung zu dem Betriebe im Privatleben, gewissermaßen „außer Dienst", hier freilich nicht durch Begründung positiver (Leistungs-) Verpflichtungen, sondern nur in negativen Unterlassungsverpflichtungen, die eben dahin gehen, auch außer Dienst alles zu unterlassen, was die Erreichung des Betriebszieles gefährden kann ...

Daß aber im vorliegenden Falle die aktive Betätigung des Klägers in der Kommunistischen Partei und in der Gottlosenpropaganda ... für das Unternehmen der Beklagten nachteilig ist, hat die Beklagte schlüssig dargetan ... sie gebe eine politisch auf dem Boden der Zentrumspartei stehende konfessionelle katholische Tageszeitung heraus ... besonders nahe Beziehungen zur katholischen Kirche durch Herausgabe der offiziellen gottesdienstlichen und religiösen Bücher des Bischöflichen Stuhles in Münster ... hat der Kläger nicht bestritten, daß seine aktive Betätigung in der Kommunistischen Partei und in der Gottlosenpropaganda ... sich öffentlich abspielt ... er bei der Vorbereitung einer Versammlung tätig gewesen ist, in der ein Vortrag über den § 218 StGB. von der für die Aufhebung dieses Paragraphen eintretenden Frau Dr. Kienle gehalten werden sollte ... konnte sich das Landesarbeitsgericht der Ueberzeugung nicht verschließen, daß die außerdienstliche Tätigkeit des Klägers für seine Partei und deren Weltanschauung für das Unternehmen Nachteile bringt, die nicht als unerheblich bezeichnet werden können, wenn es auch selbstverständlich nicht möglich ist, sie greifbar festzustellen oder gar in ihrer wirtschaftlichen Auswirkung geldlich und ziffernmäßig zu bewerten ... Daß der Kläger nur eine untergeordnete Stellung im Betriebe der Beklagten einnimmt ... steht den Nachteilen nicht entgegen, die die Beklagte aus seiner Weiterbeschäftigung mit Recht befürchtet, da diese Nachteile weniger auf der unmittelbaren Tätigkeit des Klägers im Betriebe der Beklagten als auf der Schädigung ihres Ansehens bei ihren Kunden beruhen."

Gottes Lohn ist diesem Gericht gewiß! Und dazu noch das erhebende Bewußtsein, zur Einheit des deutschen Volkes beizutragen!

42 Prozent Einnahme-Rückgang der Reichsbahn

Die bisherige Entwicklung der Einnahmen im Januar und Februar 1932 bleibt, wie in der Verwaltungsratssitzung mitgeteilt wurde, **mit 42,4 Prozent weniger als in den gleichen Monaten 1929 noch weit hinter den bisherigen schon sehr ungünstigen Annahmen zurück.**

Im Personenverkehr wurden 19,6 Prozent weniger als im gleichen Zeitabschnitt 1931 und 24,5 Prozent weniger als in 1929 vereinnahmt. Noch viel mehr litt der Güterverkehr, bei dem der Rückgang der Einnahmen gegen 1930 über 30 Prozent und gegen 1929 beinahe 50 Prozent ausmachte.

TARASSOFF-RODIONOFF

SCHOKOLADE

Nach dem russischen Original ungekürzt und ohne Aenderungen übersetzt von Alexandra Ramm.

Copyright by Franz Pfemfert, Berlin Wilmersdorf.

7. Fortsetzung

Pantelejew, fahren Sie mich zu meiner Wohnung!"

Der vom klebrigen Schnee ganz bedeckte Chauffeur Pantelejew drückt die Hupe, auf deren Heulen hin der Gehilfe stolpernd heraneilt, in einem abgetragenen Pelzmantel, einer Mütze mit Ohrenschützern und in dicken Pelzhandschuhen. Mit dem Aermel wird der Sitz vom Schnee gesäubert. Sudin steigt ein. Der Gehilfe kurbelt den Motor an. Nervös beginnt das Herz der Maschine zu zittern. Die Türe schlägt zu. Mit Stößen geht es los.

Der Schnee fällt in sich kreuzenden flockigen Fäden, er schlägt ins Gesicht, weht in die Augen, und im Gehirn jagt ein Gedanke den anderen, wie aufständische Haufen, wie die Flocken, entstehend im Fluge aus dem Nichts, vergehend im Fluge ins Nichts.

„Erwarten Sie mich, ich bin in zwanzig Minuten zurück."

Um Gottes willen, wie Lisa ausgeputzt ist: das schönste Kleid, die blonden Locken aufgeschlagen wie Sahne.

„Aus welchem Anlaß das?"

Mit heiterem Lachen: „Aus Anlaß des Sieges!"

„Ist ja wahr. Und ich eilte trotz der durchwachten Nächte frühmorgens vom Dienst gleich zur Demonstration. Ich ging mit dem Zentralrayon sogar bis zum Sarewplatze. Es waren alle die unseren da. Zur großen Sitzung des Rates bin ich, weißt du, nicht gegangen: zu viel eilige Arbeit; zurück ging ich zusammen mit Walz; und nun, gib mir schnell zu essen: der Wagen erwartet mich unten."

„Weißt du, Ljoscha, wir saßen gestern mit Walz bis spät in die Nacht. Ich wollte sie bei uns schlafen lassen, aber sie hat sich geniert. Sie ist wirklich eine sehr herzliche Frau!"

Eilend und mit den Tellern klappernd, spricht sie so lustig.

Mitja und Mascha erklettern die Knie des Vaters.

„Die haben ja ganz verschmierte Mäuler. Wovon ist es?"

„Weißt du, Papa, die Tante hat uns gestern Schokolade gegeben!" rufen die Kinder begeistert, lachend mit offenem Munde, in dem noch große Schokoladenbissen schmelzen.

Lisa verfärbt sich rot, aus den Händen verliert sie die Löffel.

„Ljoscha, du bist doch nicht böse: Elena Walentinowna ist so lieb und so gütig: sie brachte uns viele Geschenke: vielleicht zwei Pfund Schokolade, ausländische, echte: probier doch! — für die Kinder, für sie auch je ein Paar herrliche Makkostrümpfe, lange . . . sieh sie dir nur an! . . . und weißt du, für mich (sie senkte die Blicke zum Tisch), mir war es so peinlich, aber abzuschlagen war nicht möglich: sie wurde ernstlich böse, — mir schenkte sie zwei Paar seidene, dünne, vorzügliche Strümpfe . . . sieh doch her!"

Verschämt und etwas errötend, tritt Lisa zurück, hebt den schweren Saum ihres Kleides und zeigt kokett ihr mit durchsichtiger Seide bezogenes festes Bein. Und wirft sich plötzlich, als ob sie sich schäme, massig dem Mann an den Hals.

„Wie peinlich!" zieht sich Sudin zurück. „Ja, peinlich und unpassend, du weißt, sie ist mir unterstellt. Lieber hättest du, Lisa, von ihr gar nichts genommen . . . es riecht nach Bestechung!" Er schauert vor Ekel zusammen.

„Was sprichst du, Ljoscha, für Worte? Daß du dich nicht schämst, wahrhaftig, daß du dich nicht schämst! Schaue mir direkt in die Augen und bitt' um Verzeihung! Du schweigst? Nun sage doch selbst: Walz und Bestechung! wofür, ja wofür? Man darf also keine Freundschaft führen mit denen, die dir unterstellt sind? kein Wort sagen darf man? Oder glaubst du: ich hätte nicht versucht abzulehnen? Aber sie wiederholte nur: begreifen Sie's doch, ich bin Ballerine, Artistin! Ich habe solcher seidener Lappen, alten Krams, ganz ungetragener Sachen — ganze Kisten; jetzt arbeite ich, was soll ich mit all diesem Zeug! Früher hab' ich's verkauft; oder ist es eine Schande von mir, diese Kleinigkeit als Geschenk anzunehmen?"

„Eine schöne Kleinigkeit! Was kostet das alles?"

„Ljoscha, sie hat es doch nicht selbst gekauft, sie versicherte es mir. Sie hätte noch ganze Lager von Strümpfen aus der Friedenszeit. Die Kinderstrümpfchen sind aus den Sachen ihrer Schwester, die ein Kind hat: die sind aber längst alle im Auslande. Die Schokolade brachte ihr, wie sie sagte, ein bekannter Schauspieler, der vor kurzem mit einer militärischen Truppe aus Archangelsk zurückkam. Sie versichert, wir hätten viel von den Engländern erobert: alle wurden reichlich beschenkt. Der Schauspieler, ihr Freund, hat allein vielleicht einen halben Zentner mitgebracht. Da willst du dich wirklich wegen dieser Kleinigkeit, wegen dieser Bagatelle ärgern? Ljoscha? Ich habe ihr ja vorgeschlagen, alles zu bezahlen, sie hat es aber entschieden abgelehnt und ist böse geworden, ganz rot wurde sie."

„Sie ist eben stolz, nicht wie du!" schrie Sudin.

„Ljoscha, Ljoscha, also so bist du! Das ist deine Liebe. Ein anderer würde sich freuen, daß die Frau ein Geschenk bekommen hat, daß die Kinder endlich zu Strümpfen, zu einem süßen Bissen gekommen sind! Aber du! Mascha, Mitja, gib dem Vater die Schokolade! Wenn es ihm so leid tut, mag er sie haben. Wie ein Hund im Heu: weder sich noch den anderen . . ."

Mitja macht ein ganz verdutztes Gesicht und legt den Rest der Schokolade auf den Tisch, Maschutka bläst die Backen auf, wird puterrot und zerreißt das bleierne Schweigen durch ein lautes Heulen. Aus ihrem runden geöffneten Mündchen fließt braune Spucke, das Stirnchen bedeckt sich mit Schweiß.

„Kindchen, Töchterchen, nun beruhige dich doch, mein Liebes!" eilt Sudin zu dem Kinde. Nimmt es hastig in die Arme, drückt es fest an sich, und, es wiegend, läuft er nervös mit ihm in dem Zimmer auf und ab. Er streichelt zärtlich dem Kind die Schulter, sein Gesicht ist krampfhaft verzogen, als ob das Unglück des Kindes, das seinen Kragen mit schokoladigen Tränen beschmiert, ihm Schmerzen bereitet.

„Mitja, nimmt deine Schokolade und laß sie dir gut schmecken!... Die Kinder haben damit gar nichts zu tun!..." brummt er gereizt, während die Frau mit finsterem, wütendem Blick die Teller mit dampfender Suppe füllt.

„Man darf also von einer Freundin kein Geschenk für die Kinder kameradschaftlich annehmen", sagte sie streitwillig.

„Kameradschaftlich?" wiederholte er spöttelnd langsam. „Seit wann diese plötzliche Freundschaft?"

„Na, seit sie in deinem Dienst bei der Tscheka ist!" parierte sie schnell; und, ermuntert durch die gelungene Antwort, fügte sie giftig hinzu:

„Oder nimmt man dort auch Schufte in Dienst?!"

Er setzte das endlich beruhigte Kind neben sich auf den Stuhl, streichelte zärtlich den traurigen Mitja und begann die brennende Suppe zu schlucken.